hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Januar 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

1/92

Themen:

Anhörung des
Bundestagsausschusses
Bildung und Wissenschaft

Ostdeutsche
Geschichtswissenschaften
zwischen Gestern und Morgen
Teil I

Autoren:

Pasternack * Klein
* Küttler *
Thom * u.a.

Editorial

Vorliegendes Heft bringt ein Thema „Zwischen Heute und Morgen" und ein Thema „Zwischen Gestern und Morgen": Die ostdeutschen Geschichtswissenschaften sind der Schwerpunkt der zweiten Hälfte des Heftes. Im ersten Teil dokumentieren wir auszugsweise Papiere, die anläßlich einer Anhörung im Bundestag entstanden waren: der Bildungs- und Wissenschaftsausschuß hörte Sachverständige und Verbände zum Thema „Perspektiven der Hochschulentwicklung".

Wie auch andernorts, so gleichfalls bei dieser Anhörung der übergreifende Konsens: so wie bisher ginge es nicht weiter an den bundesdeutschen Hochschulen. Motivationen und Akzentuierungen der verschiedenen Verbände und Institutionen freilich unterschieden sich dann - naturgemäß - erheblich voneinander. Wir dokumentieren aus den im Vorfeld der Anhörung eingereichten Positionspapieren die Passagen zur Entwicklung im ostdeutschen Hochschulwesen. Die „Einbeziehung der Erfahrungen in den neuen Bundesländern" (Einladung) sollte ein Schwerpunkt der Anhörung sein. Daß unsere Dokumentation relativ dünn ausfällt, widerspiegelt auch den Stellenwert des Themas während der Anhörung. Zum weiteren veröffentlichen wir das Statement des einzigen ostdeutschen Redners unter den Anzuhörenden, des Vertreters der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), Dachverband der ostdeutschen StudentInnenräte. Die KdS ist nach wie vor - mangels Vereinigungspartners im Westen - auf das ostdeutsche Siedlungsgebiet beschränkt.

Die nächste Anhörung des Ausschusses steht bereits ins Haus. Am 19. Februar ist das Thema ausschließlich die ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, wobei als Schwerpunkte der Betrachtung Brandenburg und Sachsen auserkoren wurden. Diesmal bewegt sich auch, im Unterschied zur letzten Veranstaltung, das anhörungswillige Gremium zu den Sachverständigen: die Veranstaltung findet in der Universität Leipzig statt. Wir kommen im März-Heft darauf zurück.

Der 31.12.91 bildete mit der Schließung der Akademieinstitute eine weitere Zäsur (auch) bei der Abwicklung der ostdeutschen Geschichtswissenschaften. Wir nehmen dies zum Anlaß für einen Zwischenhalt in der vielfach immer noch sehr diffusen Diskussion zu Vergangenheit und Zukunft der dort einzuordnenden Disziplinen. Stellvertretend für die an den AdW-Instituten gelaufenen, die Evaluierung begleitenden Diskussionen des vergangenen Jahres dokumentieren wir ein Papier aus dem Institut für Allgemeine Geschichte vom August 1991. Die Schließung ihrer Institute zum 31.12.1991war den MitarbeiterInnen des Instituts für Deutsche Geschichte und des Instituts für Allgemeine Geschichte Anlaß für letztmalige Vollversammlungen. Die vom Direktor des erstgenannten, Wolfgang Küttler, dort gehaltene Rede drucken wir in diesem Heft ab. Das Referat des Direktors des Instituts für Allgemeine Geschichte, Fritz Klein, bringen wir im Februarheft.

Ein weiterer Beitrag in der vorliegenden Ausgabe kommt aus dem Universitätsbereich. Achim Thom, Institutsdirektor in Leipzig, tematisiert die Entwicklung einer - zumindest institutionell und bezüglich der öffentlichen Aufmerksamkeit - eher am Rande existierenden historischen Disziplin: die Medizingeschichte in der DDR und nach der DDR. Mit weiteren Aufsätzen werden wir das Thema ostdeutsche Geschichtswissenschaften im Februar fortsetzen.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeitsarbeit
c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O - 7010 Leipzig, Tel. 7 19 22 61/62/63, Uni-Fax 20 93 25
Verantwortlich: Peer Pasternack
Redaktion: Dirk Behr, Anja Dhein, Monika Gibas,Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack
hso erscheint monatlich.
Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 33,- DM)
Herstellung: Büro Pauselius, Leipzig, Floßplatz 6 - Tel.: 31 2597
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und Leserbriefen wird ermuntert.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA I:
Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft „Perspektiven der Hochschulentwicklung" 5
Stellungnahmen der Verbände:
BdWi (S. 6), ZVS (S. 10), FKS (S. 10), AWH-NRW (S. 11), VHW (S. 11), BDI (S. 12), HIS (S. 13)
Peer Pasternack/KdS:
Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Perspektiven zur Hochschulentwicklung" 14

THEMA II:
Ostdeutsche Geschichtswissenschaften zwischen Gestern und Morgen
Fritz Klein:
Stellungnahme des Instituts für Allgemeine Geschichte Berlin zu den Stellungnahmen des Wissenschaftsrats 17
Wolfgang Küttler:
Zur Schließung des Instituts für deutsche Geschichte. Bericht über die Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlungen am 17. 12.1991 21
Achim Thom:
Leipziger Erfahrungen auf dem Gebiet der sozialhistorischen Forschung in der Medizingeschichte 31
Rezension:
Berliner Debatte ‚Inital'. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs", Jg. 1991 zu den DDR-/ostdeutschen Geschichtswissenschaften (W. Bramke) 41

GELESEN:
Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (M. Gibas) 43
Dokumentation des Dt. Hochschulverband (D. Behr)

DOKUMENTATION:
Pressemitteilung zum Treffen der ostdeutschen Wissenschaftsminister am 25. November 1991 50
Beschlüsse des Wissenschaftlichen Rates der TH Ilmenau vom 12.12.1991 52

THEMA: Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft „Perspektiven der Hochschulentwicklung"

Am 5. und 6. Dezember 1991 führte der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages in Bonn eine Anhörung von Sachverständigen/Organisationen zum Thema „‚Perspektiven der Hochschulentwicklung' in Verbindung mit den BT-Drucksachen 11/7820 (‚Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000') und 11/8506 (‚Hochschulpolitische Zielsetzungen')" durch. Schwerpunkte der Anhörung sollten sein: die Perspektiven der Hochschulentwicklung, Frauen und Hochschulen und die Erfahrungen aus den neuen Bundesländern.

Einunddreißig Organisationen, Verbände und Institutionen nahmen an der Anhörung teil. Im einzelnen waren dies (Reihenfolge nach der Sitzordnung): Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Fachhochschul-Rektorenkonferenz (FRK), Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), FernUniversität Hagen, Private Universität Witten/Herdecke, Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), Hochschul-Informationssystem (HIS), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG), Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT), Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Deutscher Handwerkskammertag (DHKT), Deutscher Hochschulverband (DHV), Hochschullehrerbund (HLB), Deutscher Akademikerinnenbund (DAB), Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW), Arbeitkreis WissenschaftlerInnen an den Hochschulen Nordrhein-Westfalen (AWH-NRW), Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW), Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten (BKFB), Bundesvertretung Akademischer Mittelbau (BAM), Juso-Hochschulgruppen (Juso-HSG), Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG), Ring Christlich-demokratischer Studenten (RCDS), Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS), Deutsches Studentenwerk (DSW).

Wir dokumentieren im folgenden: zum einen die in den zur Anhörung eingereichten Papieren getroffenen Aussagen der Verbände und Institutionen zu den Entwicklungen an den ostdeutschen Hochschulen; zum anderen das Statement des einzigen ostdeutschen Redners unter den Anzuhörenden, Peer Pasternack, der sich als Vertreter der ostdeutschen Konferenz der StudentInnenschaften (KdS) auch auf die Darstellung und Bewertung der ablaufenden Prozesse im östlichen Siedlungsgebiet beschränkte.

(...)

III. Frauen und Hochschule in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) – Tendenzen

Vorbemerkung: zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keinerlei flächendeckende Daten zur Situationsveränderung von Frauen an ostdeutschen Hochschulen vor, zumal wir uns noch mitten in der Dynamik des „Umbruchs" befinden: die Neuberufungen haben gerade begonnen,die personelle Überprüfung ist nicht abgeschlossen, die Evaluierungsergebnisse wirken sich erst 1992 aus, die angekündigte drastische Reduzierung des Mittelbaus wird ebenfalls erst dann, d.h. mit Auslaufen der Kündigungsfrist vom 31.12.91, „greifen". Dennoch zeichnen sich in der bisherigen Praxis der Umstrukturierung ostdeutscher Hochschulen einige Tendenzen ab, auf die nicht früh genug aufmerksam gemacht werden kann, vor allem solange der Prozeß noch politisch gestaltbar ist. Die folgenden Verallgemeinerungen und Beispiele stützen sich daher auf allgemein zugängliche Daten, Pressemeldungen und auch persönliche Erfahrungen, die wir durch gezielte Nachfragen bei einigen Gleichstellungsbeauftragten ergänzt haben.-Zur Gesamtproblematik von Abwicklung und Evaluierung wollen wir uns an dieser Stelle nicht äußern. Wir verweisen exemplarisch auf ein Memorandum des BdWi-Bundesvorstandes „Evaluation der Evaluation" (in: Forum Wissenschaft 4/1990). Bekräftigen möchten wir in unserem Zusammenhang die darin enthaltende Schlußfolgerung, daß es sich beim Umbau der ostdeutschen Hochschullandschaft dem Kern nach nicht um eine, sei es auch politisch regulierte, Erneuerung handelt (welche ohne eigenverantwortliche Beteiligung der Subjekte der zu erneuernden Verhältnisse nicht denkbar wäre), sondern um den historisch einmaligen Vorgang einer Systemevaluation der Wissenschaftslandschaft eines Staates durch einen anderen, welche, wie sich abzeichnet, die kompakte Überstülpung der Strukturen des evaluierenden Wissenschaftssystems zur Folge haben wird. Was die Stellung der Frauen im Hochschulbereich betrifft, ist es daher legitim zu fragen, ob die Umstellung auf westdeutsche Verhältnisse auch deren Defizite reproduziert.

Auch in der DDR gab es keine wirkliche Gleichberechtigung. Allerdings führte die, auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtete Familien- und Sozialpolitik des Staates - im Rückblick von DDR-Frauen als staatspatriarchalisch kritisiert - zu einer, im Vergleich zur Bundesrepublik, höheren Erwerbsquote von Frauen wie auch zu einem höheren durchschnittlichen Qualifikationsniveau (einschließlich des größeren relativen Anteils an Akademikerinnen). Es wäre ausgesprochen kurzsichtig, diese Vorraussetzung mit dem Ende des Sozialismus ebenfalls für gesellschaftlich und politisch irrelevant zu erklären, denn ganz offenbar wurde durch den Staat ein Mehrfaches an Begabungen geweckt, gefördert und freigesetzt, als das System befriedigen konnte (indirekt hat dies auch zum Ende der DDR beigetragen). Das könnte genausogut als spezifische Chance für die gesellschaftliche Entwicklung im zusammenwachsenden Deutschland begriffen werden.

So war die Ausgangssituation der Hochschulen vor der Vereinigung beispielsweise durch folgende Besonderheiten in der Ausprägung der Geschlechterverhältnisse gekennzeichnet: Mit einem Anteil weiblicher Studierender von 51,2% (1989) im Direktstudium war die DDR international mit führend. Von besonderem Interesse ist der im Vergleich zur BRD höhere relative Anteil von Frauen in den sogenannten Technikwissenschaften von ca. 30%. Im einzelnen Vergleich z.B. (Werte von 1987): Maschinenbau 17,1% (BRD: 3,3%), Informatik: 45% (BRD: 15,5%), Elektrotechnik: 16,1% (BRD: 7,8%). Die Quote der Wissenschaftlerinnen insgesamt betrug 35,3% (1989), das doppelte der BRD. Es ist bekannt, daß sich mit ansteigender Statusgruppe der Frauenanteil „verjüngte", um in der Gruppe der Professoren (4,9%) mit der alten Bundesrepublik gleichzuziehen.

Bemerkenswert ist, daß im Mittelbau der proportionale Frauenanteil mit 37,8% der befristeten und 40% der unbefristeten Assistenten (1989) noch ungefähr doppelt so hoch war als in der BRD (1988: 20,2% wissenschaftliche Mitarbeiterinnen). Das heißt dann konkret, daß der offenbar patriarchalisch bedingte Karriereknick von der Gruppe der Professoren sich für Wissenschaftlerinnen besonders gravierend auswirkte. Zwar betrug auch in der DDR der Anteil weiblicher Habilitationen nur 16%, was allerdings noch das zweifache der BRD ist und das dreifache der Professorinnenquote. Positiv formuliert: es gibt im Mittelbau der neuen Bundesländer eine überdurchschnittlich hohe „blockierte" Qualifikationsreserve für eine aktive Gleichstellungspolitik. Damit ist auch ein Maßstab für die angelaufenen Neuberufungsverfahren gesetzt.

Unter diesen Bedingungen könnte sich ein differenziert regulierter frauenfreundlicher Erneuerungsprozeß etwa folgende Ziele setzen:
1. der Studentinnenanteil wird gehalten, wobei insbesondere auf das Frauenstudium in den technischen Wissenschaften zu achten ist. Das könnte auch als großangelegter „Modellversuch" mit Vorbildcharakter für die alten Bundesländer verstanden werden.
2. bei fairer Berücksichtigung der habilitierten Frauen im Mittelbau in den anstehenden Neuberufungen (einschließlich der möglichen Bevorzugung von Bewerberinnen aus Westdeutschland) wäre es ein realistisches Ziel, den Professorinnenanteil gegenüber dem westdeutschen Niveau deutlich zu steigern. Sollte dieser Anteil hingegen nach Abschluß der Berufungen weiterhin so niedrig sein wie bisher - oder gar noch sinken -, könnte dies kaum glaubwürdig auf das Konto „ideologische Altlasten" und „mangelnde Qualifikation" gebucht werden.

Jede/r weiß natürlich, daß solche Ziele zum gegenwärtigen Zeitpunkt illusorisch sind. Die erforderliche Differenziertheit des Vorgehens und Dezentralität der Steuerung ist schlicht nicht gegeben. Dagegen steht die gesamte bisher praktizierte Logik von Abwicklung als administrativer „Landnahme", d.h. als purer Verlängerung der reformbedürftigen Strukturen und (auch personellen) Ressourcen der westdeutschen

Wissenschaft auf den Osten. Dennoch halten wir daran fest, daß die Möglichkeiten bestanden haben und - veränderten politischen Willen vorausgesetzt - zum Teil immer noch bestehen.

Vorerst sprechen die Fakten eine andere Sprache. Laut Angaben des BMBW ist 1991 der Anteil weiblicher Studienanfänger auf 38,6% gesunken (Westdeutschland: 39,3%). In Zukunft wird dabei insbesondere auf die Quote in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern zu achten sein. Ein (wenn auch nicht alleiniger) Faktor für diesen Rückgang sind u.E. die höheren sozialen Risiken, die ein Studium heute insbesondere für Studentinnen mit Kindern mitbringt (so wurden etwa die in der DDR üblichen universitätsnahen Kinderbetreuungseinrichtungen entweder geschlossen oder sind mittlerweile unbezahlbar).

Insgesamt ist der Wissenschaftlerinnenanteil in den neuen Bundesländern infolge von Abwicklung, Kündigung und Verrentung rückläufig, wovor auch die HRK im August 1991 warnte. Schätzungen von Gleichstellungsbeauftragten ergeben ein Minus von 8% (wobei sich die Verhältnisse angesichts der Dynamik „personeller Erneuerung" ständig ändern). Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß die Sozial- und Geisteswissenschaften mit überdurchschnittlichem Frauenanteil primär von Abwicklungsentscheidungen betroffen waren. Wenn keine Gegensteuerung erfolgt, stehen aber die eigentlichen Einbrüche noch bevor. Alle politisch Verantwortlichen orientieren sich schließlich an Zielen, den übernommenen Mittelbau nicht nur generell auf Zeitverträge zu setzen sondern auch zahlenmäßig drastisch zu reduzieren. Die Kündigungen dafür „greifen" erst 1992.

Um nicht mißverstanden zu werden: niemand geht ernsthaft davon aus, daß die Betreuungsrelationen der DDR-Hochschulen und damit der absolute Umfang des wissenschaftlichen Personals hätte gehalten werden können. Dies ist jedoch erst recht kein Grund, die Reduzierung einseitig zu Lasten von Frauen durchzuführen und die Geschlechterverhältnisse im patriarchalischen Sinne neu zu vermessen. Im Prinzip könnte diesen Effekten durch eine planvolle Stellen- und Berufungspolitik entgegengewirkt werden.

In Wahrheit erfolgt die Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschulen unter dem annähernd völligen Ausschluß von Frauen sowohl als Subjekt wie auch als Objekt. Begünstigt wird dies durch die hochschulgesetzlichen Grundlagen, auf denen die Struktur- und Berufungskommissionen arbeiten. Diese sind im Regelfall unter befristeter Außerkraftsetzung der Hochschulautonomie dem zuständigen Landesminister unterstellt, wobei gleichzeitig die Dominanz der Westprofessoren in ihnen rechtlich abgesichert ist. Man könnte es auch anders formulieren: wurde im Westen mangelnde politische Verantwortbarkeit von Gleichstellungserfolgen im Wissenschaftsbereich bisher vor allem mit der äußerlich unbeeinflußbaren „Hochschulautonomie" begründet, ist derzeit im Osten exakt das Gegenteil gegeben: eine Aufwertung der „politischen Sphäre" gegenüber den Hochschulen, die sich folglich - ganz unabhängig davon, wie man zu dem Vorgang als solchem steht - auch in weitaus höherem Grade selbständige gesellschaftliche Ziele in der Gleichstellung setzen könnte. Das würde allerdings andere Politiker (und wissenschaftspolitische Akteure) voraussetzen.

Um einige exemplarische Beispiele zu nennen: In den Gründungskommissionen für die Neugründung abgewickelter Bereiche der Universität Leipzig wirkten etwa im Mai 1991 zwei Frauen von insgesamt 54 Professorinnen (47 aus dem Westen). Unter den „westlichen" Mitgliedern der Berufungskommissionen an der Humboldt-Universität gibt es lt. Aussage des Rektors, Professor Heinrich Fink, keine einzige Frau (Tagesspiegel 5.9.91). In die Schlagzeilen geriet die HU in der zweiten Jahreshälfte, als für 47 zu besetzende Eckprofessuren (C 4) nur sechs Frauen auf den ersten Listenplätzen standen, obwohl 17% Frauen unter den 500 Bewerbungen waren. Besonders augenfällig war dabei der offenkundige Vorstoß gegen das gültige Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) durch den zuständigen Senator Erhardt: weder erfolgte die vorgeschriebene geschlechtsparitätische Besetzung der Berufungskommissionen noch die erforderliche Einladung aller Bewerberinnen zu Vorstellungsgesprächen (als Mindestanforderung: in gleicher Anzahl wie die eingeladenen Männer) in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.

Sollten sich diese Tendenzen verallgemeinern, würde sich folgendes Bild ergeben: Es besteht die Gefahr, daß die Stellung der Frauen in der ostdeutschen Hochschullandschaft das westdeutsche Niedrigstniveau erreicht, es eventuell sogar unterschreitet. Dies wäre gleichbedeutend mit einer politisch verantworteten aktiven Senkung des Frauenanteils an den ehemaligen DDR-Hochschulen in einer Zeit, in der ansonsten alle Hochschulpolitiker von Gleichstellung reden. Dem ganzen Vorgang liegt die implizite Konstruktion einer „Ausnahmesituation" zugrunde, für welche stillschweigend selbst die allgemein anerkannten verbalpolitischen und teilweise auch gesetzlichen Minimalstandards von Gleichstellung außer kraftgesetzt werden. Hinzu kommt die ebenso implizite Annahme, „Qualität" könne nur aus dem Westen kommen.

Das wirft gleichzeitig ein Licht darauf, was für ein randständiges und dauernd neu zu erkämpfendes Ziel Gleichstellung auch im Westen im Grunde noch ist. Schließlich demonstrieren die führenden wissenschaftspolitischen Machtgrupppierungen als Akteure von Abwicklung, Evaluierung und Neuberufungen in Ostdeutschland, wie ernst sie es mit der Gleichberechtigung von Wissenschaftlerinnen meinen.

(...)

Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS):

(...)

7. Deutsche Wiedervereinigung

Erstmals zum Wintersemester 1991/92 hat die ZVS in sechs Studiengängen (Biologie, Medizin, Pharmazie, Psychologie, Tiermedizin und Zahnmedizin) auch Studienplätze für die Hochschulen in den neuen Ländern vergeben. Wegen der Unterschiedlichkeit der Studien- und Lebensbedingungen wurde die Studienplatzvergabe in zwei getrennten „Kreisen" durchgeführt. Die Bewerber mußten sich auch bei gleichnamigen Studiengängen entscheiden, ob sie einen Studienplatz in den alten oder den neuen Ländern beantragen wollten.

Damit die unterschiedliche Notengebung und die unterschiedliche Dauer der Schulzeit nicht zu einer Verzerrung der Studienplatzkonkurrenz führt, konkurrieren innerhalb des jeweiligen Kreises die Bewerber aus den neuen Ländern ebenso wie die Bewerber aus den alten Ländern stets nur untereinander um die Studienplätze.

In den neuen Ländern mußten auch die Studienplätze in den medizinischen Fächern - wegen der noch nicht möglichen Teilnahme am Test für die medizinischen Studiengänge - nach den Regeln des allgemeinen Auswahlverfahrens vergeben werden.

Nachdem der Test am 6. November 1991 auch in den neuen Ländern flächendeckend durchgeführt wurde, dürfte kann zum Wintersemester 1992/93 auch in diesen Studiengängen die Angleichung der Studienplatzvergabe erfolgen.

(...)

Freie Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS):

(...)

zu 5. Der Aufbau einer demokratischen Hochschule

Die FKS fordert eine eigene, autonome Interessenvertretung der StudentInnen, die selbst über ihre Finanzen, ihre Arbeit und ihre Aussagen entscheiden kann. In diesem Sinne ist die verfaßte StudentInnenschaft mit Satzungs- und Finanzautonomie und politischem Mandat in allen Bundesländern zu verankern. Dabei müssen auch Räte-Modelle, wie sie im Moment von den StudentInnenräten in den neuen Ländern favorisiert werden, möglich sein.

(...)

Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen Nordrhein-Westfalen (AWH-NRW):

(...)

Um eine Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen zu prüfen, ist eine statistische Aufschlüsselung nach Geschlecht erforderlich. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche ist dies umso notwendiger. Im Jahr 1990 hat die Hochschulrektorenkonferenz an den ostdeutschen Hochschulen eine Befragung vorgenommen, in der zwar die Zahlen der Studierenden und Absolventen geschlechtsspezifisch differenziert wurden, aber nicht die des Personals.

Frauendiskriminierungen werden so verschleiert. Zahlen der Gleichstellungsbeauftragten der Humboldt-Universität verweisen auf stark frauenbetreffende Diskriminierungen im Umstrukturierungs- und Erneuerungsprozeß. So waren im Juni 1991 von den 667 Hochschullehrern immerhin noch 10,4% Frauen. Im November 1991 waren von den 279 Hochschullehrern noch 16 Frauen. Das entspricht nur noch einem Anteil von 5,7%.

Der Anteil an den promovierten und habilitierten Wissenschaftlerinnen war in der ehemaligen DDR immer noch höher als in der ehemaligen BRD. In den fünf neuen Bundesländern sollte der weibliche wissenschaftliche Nachwuchs nach der Abwicklung zahlenmäßig zumindest die Entwicklung nehmen, die in den alten Bundesländern bereits gegeben ist. Auch sind für die neuen Bundesländer Übergangsregelungen zu treffen. Vor allem für habilitierte Wissenschaftlerinnen auf Oberassistentenstellen, deren Arbeitsinhalt die Lehre war, stellen sich die Berufskriterien verschärft (Alter zwischen 45 und 55; wegen Lehraufgaben kaum Veröffentlichungen, usw.). Sie dürfen nicht dem Erneuerungsprozeß zum Opfer fallen.

(...)

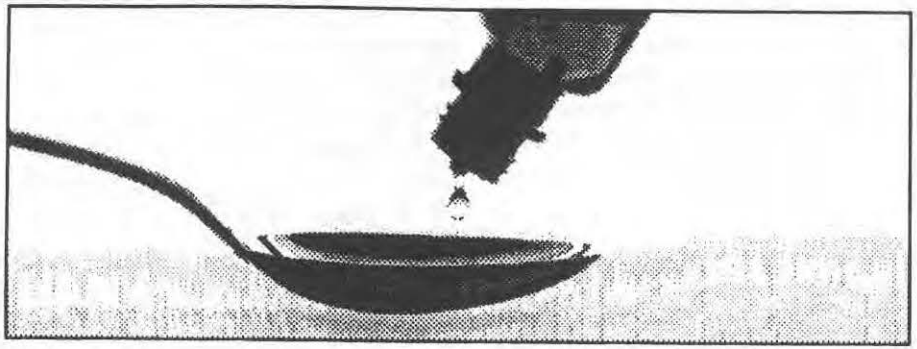
Verband Hochschule und Wissenschaft (VHW):

(...)

Wie wenig die Gleichwertigkeit der Hochschularten in der Bundesrepublik verwirklicht ist, zeigt auch die zurückhaltende bis offen widerstrebende Neigung vieler Hochschulen der ehemaligen DDR, in Fachhochschulen umgewandelt zu werden. Das geringere Sozialprestige und der in den Augen vieler niedrigere Status, die im Vergleich zu den Universitäten wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen angesichts der geringen Ausstattung mit wissenschaftlichen Mitarbeitern, die Sorge um die Fortsetzung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie schließlich der Verlust des Promotionsrechts (alt A) erklären die abwehrende Haltung. (...)

Der vhw schlägt jedoch vor, die von Prestigedenken geprägte Diskussion sachbezogen und inhaltlich zu führen und nicht durch formaljuristische Argumente abzublocken. Die notwendigen Rahmenvorgaben sind auf der politischen Ebene zu machen. Sollten die Bemühungen um ein kooperatives Promotionsrecht von Universitäten und Fachhochschulen scheitern, ist mittelfristig das fächerbezogene Promotionsrecht an Fachhochschulen zu etablieren, wie es für die Ingenieurhochschulen in der ehemaligen DDR üblig war. Dabei ist eine gewisse Schwerpunktbildung schon aus Gründen der Finanzierbarkeit von Personal und Ausstattung durchaus denkbar.

(...)



Bund der Deutschen Industrie (BDI):

Die derzeitige Situation an den Hochschulen im vereinten Deutschland ist unbefriedigend. Die Bundesregierung hat dies erkannt und frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um die unter Überlast leidenden Hochschuleinrichtungen im Westen durch die Hochschulsonderprogramme I und II zu entlasten und die Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschulen durch das „Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern" voranzutreiben. Mit diesen Maßnahmen sind jedoch in vielen Hochschulbereichen derzeit nur die dringendsten Engpässe zu überbrücken.

Der Notwendigkeit grundlegender Reformen an den Hochschulen hat die Bundesregierung Rechnung getragen in den am 24. April 1990 vorgelegten „Hochschulpolitischen Zielsetzungen". Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat in ihrem Schlußbericht „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000" diese Notwendigkeit gleichfalls unterstrichen und Perspektiven für die Weiterentwicklung des Hochschulsystems entwickelt. Aus Sicht der deutschen Industrie erfordert die Situation an den Hochschulen eine grundsätzliche Neuorientierung, die an den von der Bundesregierung und der Enquete-Kommission entwickelten Vorschlägen anknüpfen muß.
(...)

Hochschul-Information-System (HIS):

(...)

Ost-West-Mobilität von Studierenden

Eine schnelle Anpassung der Studienverhältnisse in den Hochschulen der neuen an die der Hochschulen in den alten Bundesländern ist auch deshalb geboten, weil ein nennenswerter Teil der Studienanfänger in den neuen Ländern ein Studium an Hochschulen in den alten Ländern ernsthaft in Erwägung zieht:

Etwa 10% der Studienanfänger aus den neuen Ländern, die im Wintersemester 1990/91 ein Studium begannen (zwischen 4000 und 5000 Studienanfänger), haben dies an Hochschulen in den alten Ländern aufgenommen.

40% der Studienanfänger des Wintersemester 1990/91 in den neuen Ländern, die dort ihr Studium begannen, rund 14000 Studienanfänger, geben an, sie hätten ein Studium in den alten Ländern erwogen. Dieser Befund aus der gesamtdeutschen HIS-Studienanfängerbefragung 90/91 wird durch Ergebnisse der HIS-Studienberechtigtenbefragung 1989/90 in den neuen Ländern bestätigt.

Als Ursachen dafür, daß sie ihren Plan nicht verwirklicht haben, nennen die betreffenden Studienanfänger in erster Linie die schwierige Wohnsituation im Westen, die es ihnen fast unmöglich macht, dort Unterkunft zu finden, finanzielle Engpässe und die Überfüllung der Hochschulen in den alten Ländern. Ungewohnte Umgebung, fremde Mentalität der Menschen im Westen einerseits, ein Beharren auf heimischer Umgebung andererseits werden nur selten als Verzichtsgründe für ein Studium im Westen genannt.

Sofern nicht dafür gesorgt wird, daß ein Studium in den neuen Ländern von gleicher Qualität ist, und ebenso gute Berufchancen eröffnet wie ein entsprechendes Studium im Westen, muß in den alten Ländern mit erheblichen Zuströmen von Studienanfängern aus den neuen Ländern gerechnet werden; besonders dann, wenn sich infolge der zu erwartenden Zunahme der Studienanfängerzahlen die Aussichten für Studenten in den neuen Ländern, am Studienort eine Wohnung zu finden, verschlechtern und die heute vergleichsweise überaus günstige Relation Hochschullehrer/Studenten verloren geht.

Dies bedeutet auf der anderen Seite, daß ein sich erheblich verstärkender Wanderungssaldo von Studenten aus dem Osten nach Westen erst dann zu erwarten ist, wenn in den neuen Ländern die Studienanfängerzahlen weiter stark zunehmen infolge wachsender Zahlen von Studienberechtigten, d.h. in frühestens 2 bis 3 Jahren.
(...)

Peer Pasternack (Konferenz der StudentInnenschaften, Ostberlin):

Stellungnahme zur
öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Bonn, 5./6.12.1991:

PERSPEKTIVEN DER HOCHSCHULENTWICKLUNG

Den ostdeutschen Hochschulen ist zahlreich der Vorwurf gemacht worden, sie hätten sich erkennbar nicht von innen heraus erneuert. Der Vorwurf ist erstens zum nicht geringen Teil richtig und zweitens banal. Denn: Wo hat sich denn in deutschen Landen schon einmal eine Universität allein aus sich heraus erneuert? Und: Warum sollte dies - unter den gegebenen Umständen! - ausgerechnet an den ehemaligen DDR-Hochschulen erstmals gelingen?

Beim Nachdenken über die Ursachen sind wir auf einen zentralen Punkt gestoßen. Dieser Punkt scheint uns - bemüht um eine gesamtdeutsche Perspektive - auch wesentliche Ursache des Dilemmas der westdeutschen Hochschulen zu sein: die hierarchischen Strukturen innerhalb des akademischen Bereichs. Jetzt werden möglicherweise Sie oder ein Teil von Ihnen sagen, nun seien wir aber banal: Diese Behauptung gehöre ja seit über zwanzig Jahren zum Grundarsenal studentischer Universitätskritik. Dagegen möchten wir Sie bitten, unsere spezifischen, weil ostdeutschen Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen.

In einer historisch einmaligen Situation mit dramatischen Auswirkungen auf das vormals staatssozialistisch-zentralistisch verfaßte Hochschulsystem in Ostdeutschland boten sich Chancen für eine Neustrukturierung von Grund auf. Bei allen sachzwänglichen Beschränkungen dieses Prozesses waren doch auch erhebliche Spielräume gegeben. Diese wurden - bezogen auf die Gestaltung moderner Strukturen - so gut wie nicht genutzt. Eine wesentliche Ursache: Die professorale Dominanz führte immer wieder zur Ausgrenzung innovativer Vorstellungen seitens des akademischen Mittelbaus und der Studierenden.

Dabei reden wir jetzt gar nicht mal primär von der Wirkung sog. alter Seilschaften. Eher schon von deren vielfach erfolgreicher Transformation in neue connections. Die bemerkenswerte Koalition von neudemokratischer Ministerialbürokratie und zum großen Teil „altlastiger" ProfessorInnenschaft gehört zu unseren frappierendsten Erfahrungen. Diese Koalition agiert vor allem auf informellen Ebenen. Und sie paralysiert damit auch z.T. noch vorhandene Mitbestimmungsformen aus der Zeit der Freiheit vom HRG.

Vor allem aber reden wir von unserer häufigen Beobachtung professoraler Befangenheit in traditionalen Denkweisen. Nicht so sehr bewußter Unwille leitet den von uns gemeinten Großteil der ProfessorInnen. Vielmehr sind die Ursachen subjektive, aus dem Zusammenhang von Sozialisation und Kognition resultierende Innovationsaversionen sowie deren Aggregierung in hierarchischen Hochschulstrukturen. Die Geschichte der Paradigmenwechsel wird beeindruckend illustriert durch die ostdeutschen Auseinandersetzungen um neue Hochschulstrukturen sowie neue Lehr- und Forschungsinhalte. Nicht innovative Modernisierung wurde und wird hierbei favorisiert, sondern eine konservative Modernisierung im Sinne der Rückkehr zu den strukturellen Zuständen vor der 3. DDR-Hochschulreform 1968.

Unter Ansehung unserer Erfahrungen der letzten zwei Jahre an den ostdeutschen Hochschulen meinen wir: In einer Enthierarchisierung der Hochschulen liegt die wesentlichste Voraussetzung für eine strukturelle Verankerung ihrer permanenten Modernisierung.

Eine Eigenart der Situation an den ostdeutschen Hochschulen kommt durch die Zurückdrängung bereits erreichter demokratischer Formen besonders stark zum Zuge. Nahezu sämtliche westdeutschen Strukturen und Mechanismen werden durch zahlreiche aus der staatssozialistischen Loyalität in die FDGO-Loyalität gerutschte Verantwortungsträger ziemlich schonungslos und unreflektiert durchgesetzt. Spezifika einer Übergangszeit finden kaum Beachtung. Situative Angemessenheit der Regelungen für den „westdeutschen Normalfall" wird in Ostdeutschland oft nicht geprüft. Diese unreflektierte Durchsetzung aber geht nur bis zu einem bestimmten Punkt.

Sie geht soweit, wie es einem obrigkeitlich fixierten und technokratisch orientierten Denken einsichtig erscheint. Sie bricht ab an dem Punkt, wo das eigene Denken über den trainierten Pragmatismus hinaus entwickelt werden müßte. Ein signifikantes Beispiel dafür berührt ein Thema unserer heutigen Anhörung: Die Überzeugung von der Überlegenheit westdeutscher Strukturen hört ausgerechnet dort auf, wo es um die Gleichstellung der Geschlechter in den Hochschulen geht.

Verständnis dafür, daß die Gleichstellung von Frauen gegenüber Männern überhaupt ein Problem ist, findet sich kaum ausgeprägt. Die meisten westdeutschen Berater - seien es Professoren oder Verwaltungsbeamte - leisten bemerkenswerterweise auch gerade an diesem Punkt kaum Entwicklungshilfe. Selbst die Durchsetzung gesetzlich fixierter Minimalstandards in der Gleichstellungsfrage ist mit erheblichem Kraftaufwand verbunden: Etwa die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten und die Schaffung von akzeptablen Arbeitsbedingungen für diese.

Eine spezielle ostdeutsche Erscheinung ist der relativ hohe Anteil von Studentinnen (Studenten) mit Kind oder Kindern. Die Einführung westdeutscher Strukturen und Gesetzlichkeiten läßt für viele dieser Studentinnen das Studium zu einer unzumutbaren Härte werden. Probleme sind beispielsweise: BAFöG-Bezüge reichen nicht zum Unterhalt von Mutter (Vater) und Kind. Das staatliche Kindergeld gleicht die Defizite nicht aus. Nötig wäre ein generell angemessen höherer BAFöG-Grundbetrag für Studierende mit Kindern: Eine Anregung für die 15. BAFöG-Novelle. Die kostendeckende Bewirtschaftung von Kindertagesstätten macht Kita-Plätze für Studierende unfinanzierbar. Zudem sind Betreuungsmöglichkeiten über 17.00/18.00 Uhr hinaus notwendig, da die Lehrveranstaltungen länger gehen. Die flächendeckende Schaffung von Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten in den Hochschulen selbst scheint uns die sinnvollste Lösung des Problems. Wir sind der Meinung: Hochschulbau- und -ausbauprojekte müssen von vornherein solche Uni-Kitas vorsehen. Andernfalls darf es für solche Projekte schlicht kein Geld geben. Z.B. keines aus Bonn. Das korrespondiert mit der Empfehlung 5/14 der Enquete-Kommission „Bildung 2000". Wobei uns allerdings der Konjunktiv der dortigen Formulierung außerordentlich mißfällt.

Wegen der beschränkten Redezeit belassen wir es bei der ausführlicheren Darlegung dieses Einzelproblems. Weitere gäbe es natürlich zu benennen. Nur eins davon sei noch erwähnt.

An den ostdeutschen Hochschulen hat sich im Herbst '89 ein eigenes studentisches Vertretungsmodell entwickelt und mittlerweile etabliert. Dieses zeichnet sich durch listenfreie Personenwahlen aus. Durch die Fachschaftsverankerung findet es Akzeptanz bei den ostdeutschen Studierenden. Eine HRG-Novellierung sollte die Satzungshoheit der Verfaßten StudentInnenschaft auch auf die eigenständige Wahl ihrer Struktur ausdehnen. Das Stupa/AStA-Modell sollte auch im Osten möglich sein, wo es gewünscht wird. Es sollte jedoch nicht zwingend vorgeschrieben sein.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit.

Peer Pasternack, Student der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, ist Hochschulpolitik-Referent im Koordinierungsrat der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS), dem Dachverband der ostdeutschen StudentInnenräte, mit Sitz in Ostberlin.

Fritz Klein (Berlin):

Stellungnahme des Instituts für Allgemeine Geschichte Berlin zu den Stellungnahmen des Wissenschaftsrates

Die am 5.7.1991 verabschiedeten Stellungnahmen des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin (Allgemeiner Teil) sowie zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, darunter auch zum Institut für Allgemeine Geschichte (IAG), veranlassen den Wissenschaftlichen Rat und die Direktion des IAG zu den folgenden Bemerkungen.

Im Vergleich mit den überaus einseitigen, negativen Pauschalurteilen, die über den Zustand der Wissenschaft in den neuen Bundesländern weit verbreitet waren, als der Wissenschaftsrat mit der Evaluierung der ehemaligen AdW-Institute begann, zeigt sich in seinen Empfehlungen nun ein durchaus anderes, differenzierteres und realistischeres Bild. Die Kommissionen des Rates haben offenbar in aller Regel gründlich gearbeitet - soweit das in der an sich für die Größe der Aufgabe zu kurzen Frist möglich war - und sich um eine faire, kompetente Beurteilung bemüht. Sichtbar wird, bei aller scharfen, durchaus berechtigten, generellen Kritik an den systembedingten schwerwiegenden Defiziten und Mängeln der DDR-Wissenschaft, eine in vieler Hinsicht interessante, leistungsfähige Wissenschaftslandschaft mit nicht wenigen förderungswürdigen und -fähigen Projekten, betrieben von qualifizierten und motivierten Wissenschaftlern.

In befremdlichem Widerspruch zu diesem Sachverhalt, der in jeder einzelnen

Disziplin schon vor der Evaluierung den jeweiligen Fachkollegen in den alten Bundesländern bekannt gewesen sein dürfte, bestanden doch auf sehr vielen Gebieten lange vor 1989 zunehmend intensive, mehr oder weniger enge Kontakte zwischen Wissenschaftlern der DDR und der Bundesrepublik, stehen wichtige Aspekte des Vorganges „Evaluierung" und seiner Ergebnisse.

Das gilt zunächst für das unseres Erachtens grundsätzlich nicht akzeptable Hauptergebnis der Evaluierung, die Empfehlung, mit ganz wenigen Ausnahmen alle Institute der ehemaligen AdW aufzulösen. Die im Einzelnen, wie gesagt, sehr gründliche, durchaus auf den Nachweis erhaltenswerten wissenschaftlichen Potentials gerichtete Kommissionsarbeit hat, ganz natürlich, erhebliche Unterschiede im Leistungsvermögen verschiedener Institute deutlich gemacht. Es überzeugt nicht, sie alle gleichwohl mit der fast stereotyp formulierten Begründung, sie ermangelten hinreichender konzeptioneller Kohärenz, zur Auflösung zu empfehlen. Mit ähnlicher Begründung müßten sicherlich auch Institute in den alten Bundesländern aufgelöst werden. Eine Gleichbehandlung ost - und westdeutscher Institute, wie sie dem Einigungsvertrag entsprechen würde, und wie sie in einigen Bemerkungen allgemeiner Art eigentlich auch dem Wissenschaftsrat vorzuschweben scheint, findet nicht statt. Unabweisbar ist die Annahme, daß hier vor der wissenschaftlichen Begutachtung eine politische Vorentscheidung getroffen wurde. Die Feststellung ist kein Plädoyer für die unveränderte Beibehaltung der alten Institute. Im klaren Bewußtsein der Notwendigkeit tiefgreifender inhaltlicher, struktureller und personeller Erneuerung, mit deren Realisierung im Laufe des Jahres 1990 bereits begonnen wurde, hat das IAG der Evaluierungskommission entsprechende Vorschläge unterbreitet. Wir bedauern, daß eine eingehende Diskussion und Prüfung dieser Vorschläge nicht erfolgte, obwohl die darin enthaltene weltgeschichtliche Orientierung im Evaluierungspapier als grundsätzlich sinnvoll bezeichnet wurde.

Die Kritik an der schlichten Abschaffung der Institute verstärkt sich bei Betrachtung des merkwürdigen Umstands, daß eine Aktion, als deren Hauptziel immer wieder die Konzentration der Forschung an den Hochschulen genannt wurde, sei doch außeruniversitäre Forschung größeren Umfangs an sich problematisch, in jedem Falle aber unpassend für das deutsche Wissenschaftssystem, mit dem Ergebnis endet, 8300, d.h. 83% der für AdW-Wissenschaftler empfohlenen Stellen, in großenteils neu zu schaffenden außeruniversitären Einrichtungen vorzusehen, gegenüber nur 1650 bis 1700 an Hochschulen.

Entschiedenen Widerspruch ruft die praktische Ausschaltung der Betroffenen aus dem ganzen Prozeß hervor. Irreführend ist schon die Behauptung in der Einleitung des Allgemeinen Teils der Empfehlungen, in den neuen Arbeitsgruppen des WR hätten mehr als 200 „Sachverständige" „aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland" mitgearbeitet. Tatsächlich waren es in der Masse Wissenschaftler aus der alten Bundesrepublik, daneben

wenige aus den neuen Ländern sowie aus dem Ausland, in der Kommission, die das IAG besuchte, 19 Westdeutsche, ein Ostdeutscher und ein Österreicher. Folgerichtig kamen dann die vorliegenden Stellungnahmen und die Empfehlungen ohne nennenswerte Mitwirkung der Betroffenen zustande und auf diese nieder. Besonders angesichts dessen, daß es sich hier eben nicht um einen herkömmlichen, auch in der alten Bundesrepublik üblichen Evaluierungsprozeß handelte, sondern um einen Vorgang von völlig anderer Grössenordnung, dessen Ausgang für Tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie wissenschaftlich-technischer und technischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von schlichtweg existentieller Bedeutung ist, ist diese Verfahrensweise überaus anfechtbar.

Da auch mit der dritten Seite der Beteiligten, mit den Hochschulen sowie mit anderen Institutionen, zu denen hin Empfehlungen ausgesprochen wurden, offenbar allenfalls sehr lückenhafte Kontakte bestanden - die Rektorenkonferenz hat kürzlich die Arbeit des Wissenschaftsrates in diesem Punkt sehr deutlich kritisiert - entsteht der Eindruck einer Aktion, die weitgehend isoliert durchgeführt wurde, woraus Gefahren für die Verwirklichung ihrer Ergebnisse folgen müssen.

In diesem Zusammenhang lenken wir die Aufmerksamkeit mit großer Sorge vor allem auf den Teil der Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften, der, an sich sehr begrüßenswert, die Schaffung neuer außeruniversitärer Zentren vorsieht. Nach unserem Verständnis hätte es eine Selbstverständlichkeit sein müssen, AdW-Wissenschaftler, die, wie an mehreren Stellen der Empfehlungen betont wird, die Mehrheit der Stellen in diesen Zentren besetzen sollen, an den konzeptionellen Überlegungen über inhaltliche Zielsetzungen aber auch über Struktur- und Organisationsformen angemessen zu beteiligen. In dieser Hinsicht ist nichts geschehen. Im IAG sind davon besonders die Mitarbeiter des Bereiches Orientforschung betroffen. Ihre Ausschaltung aus den einschlägigen Überlegungen ist umso unverständlicher, als die Empfehlungen im Einzelnen gerade für den Bereich Orientforschung sehr sachlich und konstruktiv sind. Es zeigt sich in ihnen, daß die mit diesem Bereich befaßten Kommissionsmitglieder und -berater schon vor der Kenntnisnahme der Evaluierungspapiere von Problemen, Ergebnissen und der Qualität der Forschung wußten, die im Bereich betrieben wurde. Eine Reihe seiner Mitarbeiter sollen in dem zu schaffenden Zentrum für moderne Geschichte des Orients arbeiten. Sie unterstützen die im vorliegenden Papier enthaltenen ersten Aussagen über Inhalte, Arbeitsweise und Strukturen eines solchen Zentrums, wünschen aber dringend an der weiteren Planung beteiligt zu werden. Das Gleiche gilt mutatis mutandis für diejenigen Mitarbeiter, die für die Zentren für Zeitgeschichte bzw. für Geschichte Ostmitteleuropas vorgesehen sind.

Mit allergrößter Sorge sehen wir den vor uns liegenden Monaten entgegen. Es wird in ihnen einerseits darum gehen, diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Empfehlungen keinen Platz gefunden

haben, so weit zu unterstützen, wie es irgend möglich ist. Es ist keine Kleinigkeit, wenn auf einen Schlag fünfzig Prozent der Mitarbeiter eines Instituts ihren Arbeitsplatz verlieren, zum größten Teil Kolleginnen und Kollegen, für die eine berufliche Umschulung aus Altersgründen und angesichts ihrer bisherigen Spezialisierung nicht mehr in Frage kommt. Andererseits wird es außerordentliche Schwierigkeiten auch bei der Verwirklichung der in den Stellungnahmen des Wissenschaftsrates enthaltenen positiven Empfehlungen geben. Wir begrüßen die in letzter Zeit wiederholt geäußerte Kritik des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates an der Kürzung der ursprünglich für das Hochschulerneuerungsprogramm vorgesehenen Ansätze, zeitlich und finanziell. Nur eine vergleichweise großzügige Ausstattung dieses Programms wird die Übernahme einer größeren Zahl von AdW-Wissenschaftlern an die Universitäten sowie an andere bestehende Einrichtungen ermöglichen, die alle gleichfalls vor der Notwendigkeit stehen, Mittel einzusparen. Prekär in höchstem Maße scheint uns die Situation der zu gründenden Zentren. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß auch nur eines dieser Zentren am Jahresende 1991 Gestalt angenommen hat. Zu diesem Zeitpunkt läuft die im Einigungsvertrag vorgesehene Bundesfinanzierung für die Mitarbeiter der ehemaligen Akademie-Institute aus. Es heißt, daß das KAI, die Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, eine Übergangsfinanzierung für diejenigen Wissenschaftler ermöglichen soll, die positiv evaluiert, d.h. zur Mitarbeit in den Zentren vorgesehen sind. Wer das aber sein wird, kann niemand zu Jahresende sagen.

Alle, die es angeht, müssen wissen, was sie wollen. Wenn nicht rasche und entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, wird das, was immerhin aus der Arbeit des Wissenschaftsrates herauskommen kann, die Überprüfung wenigstens eines Teils der AdW-Wissenschaft in neue, produktive Zusammenhänge, nicht gelingen. Wir appellieren an alle maßgebenden Stellen, ihre Verantwortung zu erkennen und entsprechend zu handeln. Die Beteiligung von AdW-Wissenschaftlern an dem Überführungsprozeß und die Berücksichtigung ihrer Vorschläge halten wir für unverzichtbar.

Berlin, 15. August 1991

Fritz Klein, Prof. em. Dr., arbeitet als Historiker in Ost-Berlin und wurde 1990 zum Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der (damaligen) Akademie der Wissenschaften der DDR berufen. Vorliegender Text wurde zum gemeinsamen Beschluß des Wissenschaftlichen Rates und der Direktion des Instituts für Allgemeine Geschichte erhoben.

Wolfgang Küttler (Berlin):

Zur Schließung des Instituts für deutsche Geschichte. Bericht über die Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlungen am 17. Dezember 1991

Diese Zusammenkunft ist die letzte Mitarbeiterversammlung des Instituts, das wie alle anderen Akademieinstitute zum 31.12.1991 nach Ablauf der durch den Einigungsvertrag festgelegten Übergangsfinanzierung geschlossen wird. Der Geschäftsführer der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI - AdW), Grübel, hat den Direktoren sowie den Vorsitzenden der wissenschaftlichen Räte und Personalräte der Institute mit Schreiben vom 25.11.1991 entsprechende Beschlüsse des Senats von Berlin vom 27.8. und 5.11.1991, betreffend die in

Berlin gelegenen Institute und Einrichtungen sowie sonstige Einrichtungen der ehemaligen AdW mitgeteilt. Wörtlich heißt es:

„Damit stellen spätestens zum 31. 12. 1991 alle in Berlin gelegenen Institute und Einrichtungen einschließlich aller Institutsteile, Neben- und Außenstellen ihre Arbeit ein. Ich bitte Sie im Auftrage der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung darum, die Beschäftigten Ihrer Einrichtungen über die Schließung zu unterrichten."

Über den Aufbau neuer Forschungseinrichtungen wird dann auf Informationen an anderer Stelle verwiesen - gemeint ist vor allem das Treffen der KAI mit den Direktoren und Institutsvertretern in Gosen am 1. und 2. Oktober 1991. Das Schreiben endet mit der Ankündigung:

„Zur Durchführung des Wissenschaftlerintegrationsprogramms wie für andere Serviceleistungen im Auftrage der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung für die Wissenschaft im Ostteil der Stadt wurde KAI als Verein gegründet."

Dieser Brief gibt gewissermaßen die Geschäftsgrundlage der heutigen Beratung. Abgesehen von der noch laufenden Klage von über 400 Akademiemitarbeitern beim Bundesverfassungsgericht, über die erstmalig am 10.12.1991 in Karlsruhe verhandelt wurde und im März 1992 endgültig befunden werden soll, sind damit sowohl die Auflösung der Institute als auch die Rahmenbedingungen für die weitere Arbeit in Nachfolge der nicht mehr bestehenden Einrichtungen festgelegt. Der mitgeteilte Senatsbeschluß selbst beruft sich auf das Ergebnis der ebenfalls durch den Einigungsvertrag für alle Akademieinstitute vorgesehenen Evaluierung durch den Wissenschaftsrat:

„Aufgrund der Empfehlung des Wissenschaftsrates werden die in Berlin gelegenen Institute und Einrichtungen der ehemaligen AdW der DDR nicht über den 31. Dezember 1991 hinaus fortgeführt."

Das bezieht sich auf alle Institute, unabhängig davon, ob an ihrer Stelle neue Einrichtungen gegründet wurden oder werden sollen oder ob andere Empfehlungen vorliegen, wie das in allen geisteswissenschaftlichen Instituten der Fall ist, die ohne Neugründung aufgelöst werden.

Wie für die anderen Akademieinstitute wird die Auflösung des Instituts für deutsche Geschichte in der „Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen AdW der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften" vom 9.7.1991 empfohlen, womit zugleich eine relativ positive Einschätzung des Wissenschaftspotentials und eine sehr differenzierte Kurzanalyse der Institutsentwicklung verbunden sind, die sich im wesentlichen an die im Sommer 1990 von der Direktion erarbeiteten Antworten auf die Anfragen des Wissenschaftsrates hält. Die Auflösungsempfehlung lautet wörtlich:

„Das Institut als organisatorische Klammer ganz heterogener Einzelprojekte wird aufgelöst. Nach dem Wegfall der früher für alle Teile verbindlichen marxistischen Grundorientierung entbehrt die Summierung von Wissenschaftsbereichen und Forschungsstellen der inneren Einheit. Soweit sie einer offiziellen Geschichtsinterpretation und der Erarbeitung autoritativer Darstellungen diente, sind die Voraussetzungen im pluralistischen Wissenschaftssystem der Bundesrepublik ohnehin entfallen. Hinzu kommt, daß die Absonderung so großer Teile der Geschichtswissenschaft nicht länger wünschenswert erscheint." (Stellungnahme vom 5.7.1991, S. 145)

Wie für die geisteswissenschaftlichen Einrichtungen insgesamt in den allgemeinen Leitlinien, so wird auch für das Institut für deutsche Geschichte zugleich gefordert, die Auflösung sei „zu verbinden mit der Überleitung der leistungsfähigen Arbeitsgruppen und Einzelmitarbeiter in neue Funktionszusammenhänge", wobei die drei bekannten Möglichkeiten der Angliederung an Hochschulen, der Akademievorhaben und zu errichtenden Zentren genannt werden. (ebenda) Hierzu stellt der Wissenschaftsrat im allgemeinen Teil fest, daß seine Empfehlungen nur als Ganzes zu begreifen seien. „Die Vorschläge zur Auflösung von Akademie-Instituten dürfen nicht von den Vorschlägen zur Gründung neuer Einrichtungen und zur Überführung von Wissenschaftlern und Arbeitsgruppen in bestehende Einrichtungen getrennt werden. Es handelt sich bei beiden Gruppen von Empfehlungen um konstitutive Bestandteile einer Gesamtkonzeption, die nur als ganzes sinnvoll verwirklicht werden kann." (Stellungnahme, S. 5 f.)

Das sind bemerkenswerte Sätze, auf die bei der Bewertung der gegenwärtigen Situation bezüglich der weiteren Perspektiven abschließend nochmals einzugehen sein wird.

Es ist hier nicht der Ort und nicht die Zeit, eine Bilanz des gesamten Evaluierungsprozesses und noch weniger der Institutsgeschichte zu versuchen. Die skizzierte Beschlußlage zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es keine besonderen Bedingungen für unser Institut gibt und folglich auch die Frage nach Alternativen, wie wir sie in dem vom Institut präsentierten Evaluierungsangebot in Richtung auf das Fortbestehen eines kleineren integrierten Instituts angeboten hatten, von Anfang an nicht im Handlungs- und Entscheidungsspielraum lag, der unseren wie den anderen geisteswissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie verblieben war. Die Philosophie der Auflösung der bestehenden Strukturen war der Evaluierung vorgegeben und gehörte zu den Ausgangsbedingungen dessen, worüber heute zu berichten ist: der Durchführung und bisherigen Umsetzung der Evaluierung. In diesem Verfahren bestand eine für uns im Unterschied zu manchen anderen Institutionen der ehemaligen DDR günstige, aber eben wegen der Auflösung der bestehenden Struktur auch die einzige Chance, das bei uns entwickelte Wissenschaftspotential zu erhalten.

Bei der heutigen Berichterstattung über das bisher erreichte Resultat halte ich mich streng an die Fakten, die in vielem für sich sprechen, an die vom Wissenschaftsrat selbst gegebenen Richtlinien und den In-

halt des Paragraphen 38 des Einigungsvertrages, der ausdrücklich die Schaffung leistungsfähiger Einrichtungen für das per Evaluierung als förderungswürdig eingeschätzte wissenschaftliche Potential vorsieht. Natürlich gibt es sehr verschiedene Meinungen über den zugrundeliegenden Vorgang eines radikalen Bruchs mit den in der DDR bestehenden außeruniversitären Wissenschaftsstrukturen, ebenso wie über Leistungen und Belastungen der Wissenschaft in der DDR und auch unseres Instituts kontrovers diskutiert wurde und sicher weiter gestritten wird. Daß die Aufarbeitung der Vergangenheit - auch der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung - in vierzig Jahren DDR oder in 35 Jahren Institutsgeschichte, was unser 1956 gegründetes Institut betrifft, erst am Anfang steht, ist schon mehrfach kritisch oder konstatierend ausgesprochen worden. Die vorgesehene ABM-Gruppe, die den Bestand des Institutsarchivs sichern soll, hat sich in dieser Richtung inhaltlich auch die Aufgabe gestellt, erste Forschungsarbeiten zur Institutsgeschichte zu leisten.

Heute geht es um die Umsetzung der Möglichkeiten, die nach den seit Herbst 1989 entstandenen neuen Rahmenbedingungen für Erhalt und Weiterarbeit der am Institut tätigen Wissenschaftler und wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter gegeben sind. Die Direktion hat sich seit Sommer 1990 ganz auf diese Aufgabe konzentriert. Eine Chronik der Aktivitäten, der vielen Kontakte, Hoffnungen und Enttäuschungen, die diesen Prozeß begleiteten, kann hier nicht gegeben werden.

Insgesamt war die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat, die für unser Institut wie auch für die anderen geisteswissenschaftlichen Akademieinstitute in den Händen einer von Prof. Jürgen Kocka (FU) geleiteten Kommission lag, aus meiner Sicht fair, korrekt und kompetent, wenn man - wie schon gesagt - die gegebenen Bedingungen in Rechnung stellt und sich darauf einläßt, die erreichten Ergebnisse im Rahmen dieser Bedingungen zu werten. Von den 25 Evaluierungspositionen des Instituts, nach denen sich auch die schließlich in der „Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften" vom 5. Juli 1991 halten, wurden 23 berücksichtigt. Zwei zeitgeschichtliche Projekte, die während der Evaluierung ihren Gruppenzusammenhang verloren (Deutschland unter alliierter Verwaltung; Politische Machtverhältnisse und gesellschaftliche Konflikte in SBZ und DDR) und durch einschlägige Einzelvorhaben ersetzt wurden, fanden ohne Angabe von Gründen keine Empfehlung, obwohl sie durchaus in die für zeitgeschichtliche Forschungen konzipierten Schwerpunkte (vgl. 5. 74 ff. der Stellungnahme betreffs der Konzeption eines vorgeschlagenen Zentrums für zeithistorische Forschungen) gepaßt hätten.

Die übergroße Mehrzahl der Projekte und darüber hinaus einige zusätzliche Einzelvorhaben wurden für förderungswürdig erachtet, und die Mitarbeiter haben nun auch entsprechende Vertragsangebote erhalten.

Die vorliegenden Vertragsangebote schlüsseln sich wie folgt auf: Akademievorhaben: 23 Stellen, 17 Wissenschaftler und 6 wiss.-techn. Kräfte bzw. Bibliothekare.
Max-Planck-Gesellschaft: 12 Stellen, 10 Wissenschaftler, 1 wiss.-techn. Kraft, 1 Doktorandin.
Wissenschaftler-Integrationsprogramm: 56 Wissenschaftlerstellen, 1 wiss.-techn. Stelle, 6 Doppelbesetzungen, 2 Stipendienstellen.

Insgesamt verfügen also 88 Mitarbeiter, davon 81 Wissenschaftler, über ein neues Vertragsangebot bzw. werden demnächst (im Falle der Akademievorhaben) ein solches erhalten. Am 31. 7. 1990 hatte das Institut 226 Mitarbeiter, davon 145 Wissenschaftler. Bezogen auf diese Ausgangsgröße beträgt also der Anteil der Vertragsangebote 38,8 bzw. 55,9 %, womit zugleich mit einem relativ günstigen Ergebnis bei den Wissenschaftler-Stellen die ungeklärte Situation bei den meisten technischen Kräften belegt ist. Neben den bereits laufenden 11 ABM, davon 7 bei der Historischen Kommission, sind weitere 8 Wissenschaftler und 2 technische Mitarbeiter in ABM bei der Historischen Kommission bestätigt, eine weitere bei der Humboldt-Universität. Außerdem laufen noch Ausschreibungen für Sekretärinnen und wiss.-technische Kräfte bei der Fördergesellschaft der Max-Planck-Gesellschaft bzw. bei deren Forschungsgruppen (den vorgeschlagenen Zentren).

Die angegebenen Zahlen gehen von den bekannt gewordenen Angeboten aus und berücksichtigen nicht die Veränderungen, die durch erforderliche Entscheidungen der betroffenen Mitarbeiter oder durch Nachanträge eintreten bzw. eintreten werden. Inhaltlich fällt der starke Anteil von Editionen, sozial- und volkskundlichen sowie mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Projekten an den Vertragsangeboten auf.

Diese Ergebnisse zeugen von der tragfähigen Forschungssubstanz am Institut - sowohl was viele weiter zurückreichende Arbeiten angeht als auch hinsichtlich der neuen Projekte. Sie übersteigen, was angebotene Verträge betrifft, die in den Empfehlungen ursprünglich vorgesehene Stellenzahl von 60 um mehr als 30 %. Das kommt ausschließlich auf das Konto des Wissenschaftlerintegrationsprogramms, das für das erste Jahr - wie schon beim Beginn der Ausschreibung angekündigt - über den Rahmen der Empfehlungen hinaus erweitert wurde. Dadurch erhielten vor allem auch Einzelvorhaben außerhalb der Evaluierungsgruppen eine zusätzliche Chance. Mit einer Ausnahme fanden dabei auch alle vom wissenschaftlichen Rat für die Einzelförderung mit Priorität vorgeschlagenen Kollegen Berücksichtigung.

Die KAI informierte inzwischen über Möglichkeiten nachträglicher Antragsstellung für das WIP, wo von 2000 Stellen an der ehemaligen Akademie bisher insgesamt 1750 besetzt sind. Danach empfiehlt der Integrationsausschuß „die volle Ausschöpfung des Programms durch eine zweite Ausschreibung, um mit einer solchen zweiten Antragsrunde zugleich Probleme und mögliche Benachteiligungen

auffangen zu können, die sich aufgrund der knappen Terminsetzungen, Mißverständnissen über die Tragweite von einzelnen Wissenschaftsratsempfehlungen oder auch aufgrund von Problemen durch Mehrfachbewerbungen in der ersten Runde ergeben haben." (Bericht der KAI zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates v. 3.12.1991, 5. 11)

Da es auch im Institut einige gravierende Problemfälle in dieser Hinsicht gibt, sollte von dieser Möglichkeit schnell durch Nachreichen der Anträge Gebrauch gemacht werden. (Barthel, Jaeck, Schröder, Steiner)

Noch sehr unbefriedigend ist - teils möglicherweise infolge versäumter Anträge - die Situation bei der Ausstattung der bestätigten Gruppen und des WIP mit technischen Kräften. Auch wo Anträge gestellt wurden - wie für die MPG-Gruppen - steht eine Bestätigung noch aus, so daß viele Sekretärinnen und wiss.-techn. Mitarbeiter - insgesamt 31 - bis jetzt im unklaren sind, wie es im Januar weitergehen soll. Insgesamt muß jedoch festgestellt werden, daß die bisher umgesetzten Resultate günstig ausgefallen sind, was die unmittelbare Überbrückung des 31. 12. für positiv evaluierte Gruppen und Einzelwissenschaftler betrifft. Einschränkungen müssen allerdings hinsichtlich der außerordentlich späten Vertragsangebote gemacht werden, was für den Jahresbeginn sehr unsichere Verhältnisse mit sich bringen wird, so z.B. bei der administrativen Betreuung. Auch stehen die für die Akademie-Langzeitvorhaben genannten Zahlen noch unter dem Vorbehalt, daß hier das Antragsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und folglich die Bestätigung von Stellen und Personen noch aussteht.

Die Direktion und die beiden Räte des Instituts hatten sich nach Bekanntwerden der Evaluierungsergebnisse und der erklärten Absicht der KAI, ein flankierendes ABM-Programm für Wissenschaftler und technische Kräfte zu fördern, das ehrgeizige Ziel gestellt, möglichst allen Mitarbeitern des Instituts nach dem 31. 12. entweder eine weitere Tätigkeit oder sozial verträgliche Existenzbedingungen zu sichern. Diese Aufgabe betrifft jetzt vor allem den Kreis von Mitarbeitern außerhalb der positiv evaluierten Gruppen und der nun vorliegenden Vertragsangebote. Seit Juli 1990 nahmen 19 Mitarbeiter eine andere Tätigkeit auf, 20 nahmen die Altersübergangsregelung in Anspruch oder wurden Rentner. Angesichts der völlig unbefriedigenden Situation bei den über die KAI eingereichten ABM-Projekten besteht jedoch heute immer noch für eine große Zahl von Mitarbeitern, Wissenschaftlern wie besonders auch technischen Kräften noch totale Unsicherheit, wie es im Januar weitergehen soll, ergibt sich für viele, um im Klartext zu reden, die Wahrscheinlichkeit, erst einmal arbeitslos zu sein.

Von entscheidender Bedeutung für die vorläufige Weiterbeschäftigung vieler Mitarbeiter und besonders der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Institutsbibliothek wird sein, ob die KAI endlich die Realisierung der ABM-Projekte als einen der wichtigsten dieser Serviceaufträge versteht.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates sehen als zusammenhängende Teile einer Konzeption vor: 1. weitgehende Brechung der früheren DDR-Wissenschaftsstruktur und „Einpassung" in das System der alten Bundesländer bei Beachtung innovativer Aspekte und spezifischer Bedinungen; 2. Erhalt leistungsstarken Wissenschaftspotentials und 3. Herstellung neuer Struktur- und Funktionszusammenhänge, d.h. wiss. Einrichtungen, oder Eingliederung in Universitäten bei möglichst schneller finanzieller Absicherung. In der als unverzichtbar hervorgehobenen Verbindung von Punkt 2 und 3 liegt beim gegenwärtigen Stand auf allen Umsetzungsstrecken die eigentliche Problematik. Die angebotenen Verträge sind sämtlich ziemlich kurz befristet und unterschreiten die für die Realisierung wissenschaftlicher Projekte üblichen Fristen von 3 - 5 Jahren beträchtlich, am gravierendsten beim WIP im HEP, wo vorläufig nur 1 Jahr Vertragsdauer garantiert und die Verlängerung auf ebenfalls viel zu knappe 2 Jahre schon von der realisierten Anbindung an eine Universität abhängig gemacht wird. Schwerer noch fällt die Unklarheit der künftigen Struktur ins Gewicht. Die Akademie-Langzeitvorhaben stehen sämtlich unter fremder Betreuung - entweder durch eine der Akademien in den Alten Bundesländern oder durch deren Arbeitsgemeinschaft, wahrscheinlich mit Verwaltungsleistungen der KAI. Die Entscheidung über eine Berlin-Brandenburgische Akademie steht aus und wird bei den anhaltenden Kontroversen über die Rechtslage wohl auch noch auf sich warten lassen. Die zweijährige Vertragsbefristung ist zudem wenig geeignet, hier die Unsicherheiten der Ubergangszeit zu überwinden.

Die Max-Planck-Gesellschaft nennt ihre Organisation für die von ihr betreuten Gruppen sehr vorsichtig „Förderungsgesellschaft wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH", womit deutlich zu erkennen gegeben wird, daß die wirkliche Institutionalisierung der sieben empfohlenen Forschungsgebiete (Zeithistorische Forschungen, Wissenschaftstheorie und -geschichte, Literaturforschung, Sprachwissenschaft, Aufklärungsforschung, Orientalistik, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas) erst noch eines besonderen Klärungsprozesses bedarf, wie in den einschlägigen Presseartikeln und -mitteilungen nachzulesen ist. Insbesondere steht die wissenschaftliche Neustrukturierung noch auf nur einem Bein - den evaluierten Gruppen der früheren AdW der DDR; die erforderliche Durchmischung zur Herstellung gemeinsamer „Arbeitszusammenhänge" von Wissenschaftlern aus den neuen und den alten Bundesländern ist noch nicht erfolgt und auch noch nicht abzusehen.

Um nicht mißverstanden zu werden, betone ich in diesem Zusammenhang besonders, daß es bei der Sorge um die künftigen Strukturen nicht um fortgeschleppten Zentralismus, um alten Hang zu vorgegebenen Strukturentscheidugen „von oben" geht. Ganz im Gegenteil, wer sich mit der Auflösung der bisherigen Strukturen abfindet und sich konsequent auf die neue

Wissenschaftslandschaft einläßt, muß um so mehr bestrebt sein, daß nun auch neue Arbeitszusammenhängen und Strukturen einschließlich der Beteiligung westdeutscher Kollegen hergestellt werden, damit die Gruppen aus der ehemaligen DDR nicht weiterhin unter sich gewissermaßen auf befristeten Vertragsstrecken geparkt bleiben, die sich dann schnell als Abstellgleise erweisen könnten. Die richtige Intention der Wissenschaftsratsempfehlungen war es ja gerade, den Wissenschaftlern der ehemaligen DDR den Übergang in ein für sie völlig neues Wissenschaftssystem dadurch zu erleichtern, daß durchmischte und effektive neue Struktur- und Funktionszusammenhänge geschaffen werden.

Die eigentliche Absicht, dies über eine Angliederung an die Universitäten zu erreichen, kann schon jetzt jedenfalls im ursprünglich vorgesehenen Umfang als nicht realisierbar beurteilt werden. Die Gründe dafür sind schon häufig dargestellt worden, auch von seiten der Entscheidungsträger. Die Fachbereiche an den Universitäten stehen zumeist erst am Anfang der Neustrukturierung; von vornherein ist ein krasses Mißverhältnis dadurch gegeben, daß aufgelösten Strukturen an der Akademie die Kontinuität der Einrichtung an den Universitäten gegenübersteht. Ich rede keineswegs unsererseits einem Verdrängungswettbewerb mit den Kollegen an den Hochschulen das Wort, wenn ich feststelle, daß ohne gleiche Bedingungen des Neuanfangs eine neuerliche Integration von Wissenschaftlern der Akademieinstitute in die Hochschulen im Grunde nur schwer möglich ist. In der Absicht, ohne vorhergehenden Strukturwandel vorrangig die universitäre Anbindung zu betreiben, bestand schon der entscheidende Geburtsfehler eines Wissenschaftlerintegrationsprogramms, das nur im Rahmen der Hochschulerneuerung funktionieren soll.

Direktion und Wissenschaftlicher Rat des Instituts haben sich von Anfang an, schon während der Evaluierung, darum bemüht, entsprechende Kontakte zu den Universitäten und den zuständigen Ministerien herzustellen. An der HumboldtUniversität wurde durch die dortige Struktur- und Berufungskommission ermöglicht, daß sich Mitarbeiter der Akademieinstitute für den Mittelbau bewerben und Lehrveranstaltungen anbieten konnten. Nach dem rechtlichen Hin und Her über den Status der Sektion bzw. des Instituts oder Fachbereichs ist nun aber das Ergebnis, daß praktisch drei Schichten von Mitarbeitern nebeneinander arbeiten, eine Situation, die vorläufig keinerlei feste Regelungen ermöglicht, dafür aber Unsicherheit auf allen Seiten und Schlimmeres befürchten läßt. Mit der Universität Potsdam wurden schon frühzeitig Kontakte angeknüpft, sowohl über das Landesministerium als auch über den dortigen Fachbereich. Wie ein Gespräch bei Prof. J. H. Schöps am 5.12. jedoch zeigte, ist auch hier trotz guten Willens der Beteiligten die Situation völlig verfahren: den inzwischen gefallenen Strukturentscheidungen auf der Seite der Universität stehen Angebote des WIP gegenüber, die inhaltlich und personell in keiner Weise aufeinander abgestimmt sind.

Die Begutachtung der WIP-Anträge erfolgte in fachübergreifenden Gremien nach DFG-Muster; sie konnten in der Kürze der Zeit gar nicht fachspezifisch auf die jeweilige Hochschulsituation bezogen sein. Neben der dringend nötigen und inzwischen einheitlich von allen Beteiligten geforderten zeitlichen Verlängerung des Programms besteht die dringendste Aufgabe folglich in der Abstimmung des WIP innerhalb regionaler Lösungen für Fächer und Fächergruppen, so z.B. in unserem Falle für die historische Forschung und Lehre im Raum Berlin-Potsdam, und zwar unter Einbeziehung der Westberliner Universitäten, die ja bekanntlich ihre Studentenmassen kaum verkraften können, was auch für die Fachbereiche Geschichte an TU und FU gilt, während andererseits die HU und Potsdam das gesamte Angebot aus dem WIP für Berlin-Brandenburg aufnehmen sollen, wenn man von den noch sehr vagen und bestenfalls erst viel später zu realisierenden Möglichkeiten in Frankfurt/Oder und Cottbus absieht.

Es muß folglich in aller Deutlichkeit als eines der schwerwiegendsten kritischen Probleme benannt werden: Wenn hier nicht bald durch Verlängerung der Fristen und der Ermöglichung wirklicher Integrationsschritte Abhilfe geschaffen wird, droht das WIP eine erweiterte Warteschleife zu werden, und das beträfe, wie die oben referierten Zahlen zeigen, ja die Mehrzahl aller positiv evaluierten Historiker der Akademieinstitute.

Die hier angezeigten Probleme übergreifen den Rahmen des Instituts und betreffen mit graduellen Unterschieden alle Geisteswissenschaften. Sie weisen auf erhebliche Defizite bei der Neustrukturierung der Wissenschaft in den neuen Bundesländern generell hin, und zwar auf Schwierigkeiten, die keineswegs vorrangig von Altlasten oder finanziellen Engpässen herrühren. Hier geht es vielmehr um strukturelle und inhaltliche Probleme der Gestaltung einer neuen Wissenschaftslandschaft. So erfreulich die Ergebnisse und auch die Umsetzungsleistung der Wissenschaftsratsempfehlungen und der anschließenden internen Ausschreibungen sind, - ich wiederhole es - was das unmittelbare Weiterbeschäftigtsein angeht, so sehr sollten auch alle Nachfolgeprobleme ernst genommen werden.

Resümiert man die geschilderte Gesamtsituation heute, vierzehn Tage vor Jahresende, so zeigen sich besonders negative Folgen allzu langer Verzögerung von dringenden praktischen Problemen der Umsetzung hinsichtlich der Fertigstellung der Arbeitsverträge, der strukturellen Abwicklungsentscheidungen und vor allem der ABM. Hier muß die kurze verbleibende Zeit genutzt werden, um noch einige Klärungen zu erreichen.

Es war eine Zeit in höchstem Maße angespannter Arbeit, die die Kräfte und die Nerven aller sehr strapaziert hat . Viele Hoffnungen, mit denen wir noch vor 1 1/2 Jahren die Evaluierung vorbereiteten, haben sich nicht erfüllt. Dennoch ist das Ergebnis vergleichsweise günstig, wenn wir es an den gegebenen Bedingungen messen und mit anderen Institutionen vergleichen. Abschließend gilt mein Dank

allen, die an der schwierigen Leitungs- und Koordinierungsarbeit seit Beginn der Evaluierung Anteil hatten: den engeren Mitarbeitern in der Direktion, den Bereichs- und Projektleitern sowie nicht zuletzt auch der bis Oktober 1990 im Amt befindlichen Leitung, die mit großem Engagement unter schwierigen Bedingungen die Evaluierung vorbereitete. Besonders hervorzuheben ist das kameradschaftliche und wechselseitig sehr kooperative Verhältnis zwischen der Direktion, dem Wissenschaftlichen Rat und dem Personalrat des Instituts. Ohne eine kritische, manchmal unbequeme, immer aber konstruktive Begleitung durch diese demokratisch gewählten Vertretungen und ihre beiden Vorsitzenden wäre es unmöglich gewesen, die schweren Belastungen der vergangenen Monate zu bestehen und bei allen Schwierigkeiten insgesamt doch eine vernünftige Arbeitsatmosphäre aufrechtzuerhalten. Der für uns alle einschneidende Vorgang von Evaluierung, Neubewerbung und beginnender Überleitung in neue institutionelle Gliederungen konnte so in angemessener Form und mit Anstand durchgehalten werden - eine Bilanz, die in diesen Zeiten keineswegs selbstverständlich ist.

Wolfgang Küttler, Prof. Dr., Historiker, war bis 31.12.1991 Direktor des Instituts für deutsche Geschichte der vormaligen Akademie der Wissenschaften.

Achim Thom (Leipzig):

Leipziger Erfahrungen auf dem Gebiet der sozialhistorischen Forschung in der Medizingeschichte

Vom 12. - 14. Juni 1991 führte das Karl-Sudhoff-Institut der Universität Leipzig anläßlich des 100. Geburtstages von Henry Ernest Sigerist (1891-1957), 1926 - 1932 Direktor des Leipziger Instituts für Geschichte der Medizin, ein Kolloquium unter dem Titel „Ergebnisse und Perspektiven sozialhistorischer Forschung in der Medizingeschichte" durch. Die Materialien des Kolloquiums sind in einem Protokollband (Leipzig 1991, 249 S.) publiziert worden. Wir veröffentlichen im folgenden eine gekürzte Fassung des Referats des heutigen Institutsdirektors. In dem Text versucht der Autor zu „umreißen, in welchem Verhältnis wir die bei uns entstandenen Arbeiten der letzten Jahre zu dem von Henry Ernest Sigerist begründeten Konzept einer modernen Medizingeschichte und zu der neueren sozialhistorischen Forschungsrichtung sehen... Bei diesen Überlegungen soll auch bedacht werden, ob und in welcher Weise unser Verständnis dieser Traditionslinie der medizinhistorischen Forschung möglicherweise einseitig oder eng geraten ist und einer Erweiterung bedarf, die an dem derzeit erreichten Erkenntnisstand einer Sozialgeschichte der Medizin anzuknüpfen hätte."

Zu fragen ist danach, ob und in welcher Weise die unter einem Programm einer „Sozialgeschichte der Medizin" zu subsumierenden Themen in der Medizingeschichte der ehemaligen DDR und speziell auch in die an unserem Istitut verfolgten Forschungsbemühungen integriert worden sind und welche Ergebnisse dabei erreicht werden konnten, wobei die Tradition unserer Einrichtung und die von

vielen Fachvertretern bei uns angestrebte Annäherung oder Orientierung an einem marxistisch-leninistischen Gesellschafts- und Wissenschaftsverständnis eigentlich die Erwartung nahelegt, daß entsprechende Fragestellungen frühzeitig aufgegriffen und intensiv bearbeitet worden sind oder sein müßten.

Bei der Suche nach einer einigermaßen differenzierten Beantwortung dieser Fragen ist zunächst daran zu erinnern, daß der Neuaufbau der Medizingeschichte als eigenständiger wissenschaftlicher Disziplin in unserem Teil Deutschlands unter sehr schwierigen Bedingungen materieller Not und begrenzter personeller Ressourcen erst zum Ende der fünfziger Jahre begann und von Persönlichkeiten wie Alexander Mette und Felix Boenheim geprägt worden ist, die ihrem weltanschaulichen Selbstverständnis nach Marxisten waren, jedoch erst in höherem Alter und nach lebenslanger Tätigkeit in anderen Arbeitsfeldern die Möglichkeit fanden, sich der Medizingeschichte eingehender zu widmen.

Im medizinhistorischen Werk dieser Fachvertreter finden sich verschiedene Ansätze zu einem neuen Verständnis von Medizingeschichte, deren Ausbildung jedoch durch die Pflichten zur kritischen Aufarbeitung bereits erworbener Erkenntnisse für die Lehre und für konzipierte Übersichtsdarstellungen sowie durch die nur kurzen Wirkungszeiten im Fachgebiet unvollkommen blieb. Eine Zuwendung zu neuen Forschungsfeldern wurde begonnen - etwa zur Entwicklungsgeschichte und Wirksamkeit neuer Konzepte zum Verständnis psychischer und psychosomatischer Erkrankungen bei Mette oder zur Wirksamkeit von Ärzten in sozialpolitischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts bei Boenheim -, erschien damals jedoch vor allem als eine Erweiterung des tradierten medizinhistorischen Forschungsfeldes, bei dem ideologiekritische Intentionen im Vordergrund standen, die an damals aktuellen Bestrebungen anknüpften, materialistische Traditionslinien in der Medizingeschichte aufzuwerten und als idealistisch geltende Denkweisen generell als unwissenschaftlich wie auch als sozialpolitisch reaktionär zu bewerten.<1>

Erst in den siebziger Jahren haben Schüler der Genannten, wie etwa Irina Winter in Berlin, bzw. Vertreter einer bereits neuen Generation von Fachvertretern, wie Dietrich Tutzke in Berlin oder Karlheinz Karbe in Leipzig, in intensiver und quellenerschließender Arbeit erfolgreich Themen aufgegriffen und bearbeitet, die einem klar konturierten sozialhistorischen Forschungsprogramm zugeordnet werden können. Insbesondere ging es dabei um die Entwicklung der Gesundheitspolitik in Deutschland seit der Reichsgründung auf Seiten des Staates, durch politische Parteien und durch ärztliche Organisationen sowie um die Entwicklung und faktische Wirksamkeit solcher Forschungsbereiche und Praxisfelder der Medizin, die in besonders enger Weise mit sozialen Problemen konfrontiert waren, d.h. um die Hygiene, die Sozialhygiene sowie die Arbeitsmedizin bzw. Gewerbehygiene.

Wichtige Ergebnisse dieser Arbeit sind 1984 in einem von Tutzke herausgegebenen Sammelband „Zur gesellschaftlichen Bedingheit der Medizin in der Geschichte" publiziert worden bzw. fanden ihren Niederschlag auch in Veröffentlichungen in Fachzeitschriften. In der Einleitung zu diesem Band gab der Herausgeber das damlige Selbstverständnis der Fachvertreter mit folgenden Sätzen wieder:

„Insgesamt ist die medizinhistorische Forschungstätigkeit in der DDR durch das Bemühen gekennzeichnet, die Untersuchung problemgeschichtlicher Zusammenhänge und innerwissenschaftlicher Entwicklungsgänge mit der Analyse der im gesellschaftlichen Bereich liegenden Aspekte und Triebkräfte zu verbinden. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, die medizinische Wissenschaft als Teil des gesellschaftlichen Lebensprozesses, als spezifische Form des gesellschaftlichen Bewußtseins und als Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeit zu betrachten."<2>

Ob allerdings alle damals in der DDR berufenen Hochschullehrer der Medizingeschichte diese Ausgangspositionen teilten bzw. anerkannten, bleibt fraglich, da dazu kaum weitere Positionsbestimmungen abgegeben wurden. Relativ herb war die in diesem Zusammenhang vorgetragene Bewertung der Medizingeschichte in der Bundesrepublik, die nach seiner Meinung „die mit Sigerists Lebenswerk untrennbar verbundenen fortschrittlichen Traditionen bürgerlicher Medizingeschichtsschreibung nur ungenügend fortgeführt" habe.<3> Diese Einschätzung bezog sich auf die 1980 von Labisch vorgelegte Studie, in der das Konzept einer erst zu schaffenden Sozialgeschichte der Medizin noch als Gegenentwurf zur tradierten Medizinhistoriographie dargestellt worden ist.<4>

Als wir 1981 in Leipzig anläßlich des 75jährigen Bestehens des Sudhoff-Institutes ein Kolloquium zum Thema „Wandlungen im Funktionsverständnis der Medizingeschichte als wissenschaftlicher Disziplin" gestalteten, haben wir diese Divergenz zwischen der tradierten Arbeitsweise der meisten Fachkollegen in der BRD und den primär dort von außen artikulierten Forderungen nach einem neuen sozialhistorischen Zugang auch als charakteristisch angesehen, die eigenen Überlegungen jedoch darauf konzentriert, Arbeitsaufgaben zu definieren, die eine Fortentwicklung des Sigerist-Programms beinhalten sollten.<5>

Im Kern ging es dabei um drei Themenbereiche, über deren Bearbeitung auch eine stärkere Nutzbarkeit der Medizingeschichte für aktuelle Entwicklungsprobleme der Medizin in unserem Lande erreicht werden sollte: erstens um ein Aufgreifen wissenschaftstheoretischer Sichtweisen der Entwicklungsdynamik theoretischer Konzepte der Medizin, die damals beispielsweise auch stark von Rothschuh in Münster gefördert worden sind; zweitens um eine Zuwendung zur Geschichte und zu den Gegenwartsfragen ärztlich-ethischer Urteilsbildungen sowie drittens um eine vertiefte Untersuchung der Entwicklungen und Wandlungen in den praktischen Wirkungsformen der Medizin

im Kontext sozialer Veränderungen und der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Bemühungen um Krankheitsvermeidung, Gesundheitssicherung, Behandlung und Fürsorge.

Die medizinische Praxis als Hauptform der realen historischen Existenz von Medizin und deren Prägung durch die Existenzbedingungen der Sozietät schien uns bislang unzureichend beleuchtet zu sein und sowohl hinsichtlich der Entwicklung gesellschaftlicher Organisationsformen von medizinischer Hilfe und Fürsorge als auch hinsichtlich der Wandlungen im Umgang der Gesellschaft mit Kranken, Behinderten und Leidenden einen wesentlichen Gegenstand der sozialhistorischen Forschung in der Medizingeschichte zu repräsentieren.

Die Begrenztheit der personellen Ressourcen und die Vielfalt der in der Lehre und in der Weiterbildung wahrzunehmenden Verpflichtungen erzwangen dann naturgemäß eine Begrenzung der Forschungsbemühungen auf Ausschnitte aus dem breiten Spektrum möglich erscheinender Analysen; in den Mittelpunkt rückten a) die Entwicklungsgeschichte des Umgangs mit psychisch Kranken und geistig Behinderten seit dem 18. Jahrhundert und b) die Entwicklung der medizinischen Betreuung in Deutschland in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur. Weitere Strukturierungen erfolgten dann im Laufe der Zeit dadurch, daß neben der Rekonstruktion von sozialen Anforderungsstrukturen an die Medizin auch die sie vermittelnden gesundheitspolitischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen sowie die Reaktionsformen der Medizin als Wissenschaft und der Ärzteschaft als sozialer Stand in bestimmten Sektoren erfaßt und kritisch bewertet werden mußten.

Während dabei zu dem erstgenannten Themenbereich bislang nur Arbeitsergebnisse in punktueller Form erreicht werden konnten - vorwiegend zu Entwicklungen in Frankreich und Deutschland im ausgehenden 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - ist ein erster Versuch zu einer synthetischen Zusammenstellung bisheriger Detailanalysen zur Entwicklung der Medizin in den Jahren 1933 bis 1945 dann im Jahr 1989 vorgelegt worden.<6>

Die kritische Bewertung des dabei an Einsichten Erreichten soll im Detail nicht von uns aus vorgenommen werden; daß viele der von uns ermittelten Zusammenhänge und Interpretationen im Fachgebiet über die Grenzen der damaligen DDR hinaus Anerkennung fanden, darf aber sicher gesagt werden und hat uns bislang auch motiviert, diese Arbeiten weiterzuführen.

Gemessen an den inzwischen erarbeiteten und eingangs dargestellten neueren Bestimmungen der Spezifik eines sozialhistorischen Forschungskonzepts in der Medizingeschichte können wir einen nicht unwesentlichen Teil unserer Arbeit der letzten Jahre dieser Richtung zuordnen und uns insofern auch an der Fortsetzung des Sigerist-Programms beteiligt sehen. Messen wir unsere Arbeitsergebnisse jedoch an dem inhaltlichen Reichtum und an der methodischen Vielfalt der im anerkannten Kreis der Sozialhistoriker vorgelegten Resultate, sehen wir durchaus auch Anlaß zur kritischen Beurteilung der eigenen Beiträge. Diese kritische Wertung in wenigen Sätzen auszudrücken ist schwer; im Kern kann sie wohl lauten, daß es uns nur selten gelungen ist, neuartige theoretische Sichtweisen zu wichtigen Momenten des Medizin-Gesellschafts-Bezuges zu entwickeln und daß deshalb auch der theoretische Interpretationsrahmen bearbeiteter Prozesse und Zusammenhänge weitgehend traditionellen Deutungsmustern verpflichtet blieb.

Diese Wertung gilt natürlich für verschiedene der bei uns entstandenen Arbeiten in durchaus unterschiedlichen Graden und Nuancen; verdeutlichen kann ich sie vielleicht durch die Feststellung, daß es uns zunächst längere Zeit nicht gelungen ist, die verschiedenen Formen des auch repressiven Einsatzes der Macht der Medizin in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland im Zusammenhang mit den von der modernen Zeitgeschichte diskutierten Momenten von Modernisierungs- und Rationalisierungsintentionen in diesem System zu sehen und daß unsere Bewertungen von sozial- und gesundheitspolitischen Programmen und Maßnahmen in der neueren Arbeiterbewegung und auch in bestimmten Entwicklungsphasen des Sozialismus als gesellschaftlichem System neben den progressiven Intentionen und Effekten nicht auch die problematischen Ausrichtungen und Folgewirkungen ansprachen, die seit langer Zeit in der Praxis spürbar waren.

Diese hier nur andeutbaren „Engen" in unseren Fragestellungen und historischen Urteilen müssen allerdings in Beziehung zu den Kontextbedingungen der medizinhistorischen Forschung in unserer bisherigen Gesellschaftsverfassung gesehen werden, die sich in manchen wichtigen Punkten doch deutlich von dem wissenschaftlichen Umfeld unterschieden, das unseren Fachkollegen in der BRD oder in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft gegeben war.

Hervorzuheben sind dabei für die Situation bei uns a) ein nur sehr geringer Ausprägungsgrad eigenständiger sozialhistorischer Fragestellungen in der Soziologie, die insbesondere auch in der Ausformung als Spezialgebiet der „medizinischen Soziologie" nach einigen guten Anfängen zu Beginn der siebziger Jahre nur ein randständiges Leben führte; b) ein nur geringes Interesse unserer Fachhistoriker an sozialhistorischen Themen und an einer Zusammenarbeit mit Wissenschaftshistorikern generell sowie c) ein seit Jahrzehnten weitgehend festgeschriebenes und eindeutig ideologisch geprägtes Bild der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, durch das für die Beurteilung auch von sozial- und gesundheitspolitischen Entwicklungen Schemata vorgegeben und auch Tabuisierungen gesetzt waren, die wir lange Zeit als Beengung und in ihrer Einseitigkeit gar nicht wahrgenommen haben.

Diese Gegebenheiten haben die für das letzte Jahrzehnt für die BRD so fruchtbare Dynamik eines intensiven Diskurses und der gelingenden Kooperation zwischen

den aus der Medizingeschichte entstehenden und den anderen Perspektiven folgenden Denkweisen gar nicht entstehen lassen und trotz gelegentlich partiell auch erfolgreicher Formen der Kommunikation die methodischen Zugangsweisen beengt. Ungünstig ausgewirkt hat sich wohl auch, daß für sozialhistorische Forschungen in der Medizingeschichte wichtige Forschungssektoren, wie etwa die Gesundheitspolitik, im Laufe der letzten Jahre aus den medizinhistorischen Einrichtungen institutionell ausgegrenzt und auf eine sehr kleine Arbeitsgruppe an der Akademie für ärztliche Fortbildung verlagert worden sind, die sich überdies einseitig der Darstellung der Gesundheitspolitik der revolutionären Arbeiterbewegung, d.h. der KPD und der ihr verbundenen Organisationen, verpflichtet sah.

Mit diesen Bemerkungen soll jedoch nicht eine Schuldzuweisung an andere für Schwächen und Einseitigkeiten unserer eigenen Arbeit angestrebt, sondern klargestellt werden, daß die Weiterführung und Vertiefung der zum Bereich der Sozialgeschichte der Medizin gehörenden Forschung besonderer Voraussetzungen bedarf, die in erster Linie in der engen Beziehung zum Fortschritt der Sozialgeschichte und der Geschichtswissenschaft überhaupt und in der Möglichkeit auch zur Entwicklung konkurrierender Modell oder Sichtweisen gesehen werden müssen.

Der damit verbundene hohe Anspruch an breite Informiertheit und Teilhabe am wissenschaftlichen Diskurs macht allerdings dem Medizinhistoriker die Arbeit auf diesem Gebiet nicht leicht, zumal er den grundlegenden normativen Ansprüchen seiner eigenen Disziplin in bezug auf die exakte Rekonstruktion relevanter Wandlungen in den Gesundheitsverhältnissen und in den verschiedenen Bereichen der Gesundheitsfürsorge und der Krankenbehandlung nicht ausweichen kann und bei der Auswahl von Quellen auf spezifische Schwierigkeiten stößt, die hier jedoch nicht zu diskutieren sind. Da sich nun für uns durch die Möglichkeit einer direkten Anknüpfung an in den alten Bundesländern bereits erworbene Erfahrungen und Erkenntnisse günstigere Voraussetzungen für die Fortführung bereits begonnener Arbeitsvorhaben und auch für neue Projekte ergeben, können wir nur hoffen, dafür auch die angemessenen Bedingungen in unseren eigenen Einrichtungen zu erhalten.

Abschließend möchte ich noch einige erste Überlegungen zu der Frage vortragen, in welcher Weise weltanschauliche und politische Überzeugungen einerseits und die im Verlaufe der Entwicklungsgeschichte der DDR entstandenen politischen Gegebenheiten andererseits die wissenschaftliche Tätigkeit in unserem Fachgebiet geprägt oder beeinflußt haben. Veranlassung dazu bietet mir u.a. ein im letzten Heft 1990 des Nachrichtenblattes der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik erschienener Beitrag des Kollegen Stolz aus Jena, in dem generalisierend für die Wissenschaftsgeschichte der DDR behauptet wurde, daß diese „wie das gesamte geistige und kulturelle Potential als Teil des parteistaatlich kontrollierten ideologischen Überbaus verstanden" worden ist und „daß auf Grund solcherart propagierter und auch durchgesetzter staats- und parteipolitischer Eingebundenheit von Wissenschaftsgeschichte der Freiraum zu eigenständiger und eigenverantwortlicher Arbeit und Äußerung spürbar eingeschränkt war".<7>

Diese, aus meiner Sicht für die Medizingeschichte so nicht zutreffenden Aussagen gehen von der naiven Konstruktion eines einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses der Fachvertreter von Partei- und Staatsinstanzen aus, denen man nur durch Widerstand oder Anpassung begegnen konnte. Tatsächlich waren diese Beziehungen viel komplizierter und zu verschiedenen Zeiten bei Vertretern verschiedener Generationen auch viel unterschiedlicher, als die oben genannten Formeln auszudrükken vermögen.

Für die am Neuaufbau des Fachgebietes maßgeblich beteiligten ersten DDR-Ordinarien für Medizingeschichte, Alexander Mette in Berlin und Felix Boenheim in Leipzig, war die Orientierung an einem marxistisch-leninistischen Gesellschaftsverständnis aus den eigenen Erfahrungen der politischen Parteinahme in der Weimarer Republik und in den Kriegsjahren erwachsen, mit der Hoffnung verbunden, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung soziale Ungerechtigkeit aufheben und den Krieg als Mittel der Politik ausschließen könne, und sicher nicht aufgezwungen.

Diese weltanschaulichen Überzeugungen und politischen Parteinahmen lagen auch der Suche dieser Wissenschaftler nach neuen eigenständigen Positionen zur Entwicklungsgeschichte der Medizin zurgunde; sie fanden ihren Ausdruck auch in der Zuwendung zu Themen, die bis dahin kaum beachtet worden sind. Typisch für diese Einstellung war wohl auch die Bereitschaft, an der Neugestaltung des Gesundheitswesens und der Wissenschaftsentwicklung aktiv Anteil zu nehmen, wobei die Vertreter der staatlichen Macht und des Parteiapparates wohl nicht als Gegner, sondern als Partner gesehen worden sind, der tatsächliche Einfluß auf wichtige Entscheidungen jedoch sicher sehr begrenzt war. Wenn diese Wissenschaftler ihre Tätigkeit auch als ideologierelevant und politisch bedeutsam ansahen, taten sie dies bewußt und in eigener Entscheidungen sowie mit dem spezifischen Verständnis von Ideologie als parteinehmendem Bewußtsein, das wissenschaftlichem Denken nicht entgegengesetzt sein sollte.

Ähnliche Intentionen dürften auch das Denken und Verhalten jener Fachvertreter geprägt haben, die in den sechziger und siebziger Jahren dann die Aufbauarbeit im Fachgebiet fortsetzten, sofern sie sich zu einem marxistischen Wissenschaftsverständnis bekannten und unabhängig davon, ob sie Mitglieder der SED waren oder nicht. Auch diese Generation, repräsentiert u.a. durch Dietrich Tutzke oder Stanislaw Schwann, war noch vom eigenen Erlebnis der Kriegsjahre und der schweren Nachkriegszeit geprägt, suchte nach eigenen Wegen in der medizinhistorischen Forschung und verstand die eigene wissenschaftliche Aufgabe sowohl als kulturbildend als auch „ideologisch" in

dem Sinne der gewollten Mitwirkung an der Überzeugungsbildung, deren hauptsächliches Anliegen die Erziehung der heranwachsenden Ärztegenerationen zur Wahrnehmung der sozialen Verantwortung im ärztlichen Beruf war.

Sofern sich diese Fachvertreter einer Erwartungshaltung von Partei- und Staatsinstitutionen an ihr berufliches Tun gegenübersahen, betraf das vor allem die lange Zeit nur fakultativ mögliche Lehre oder die Mitwirkung an Weiterbildungsveranstaltungen; die Wahl von Forschungsthemen trafen sie in eigener Verantwortung ebenso wie die Entscheidung über den Inhalt wissenschaftlicher Veranstaltungen. Schmerzlich empfunden haben sie sicher die nach dem Jahre 1961 stark eingeschränkten und restriktiv gesteuerten Kontaktverluste zur Fachentwicklung in der Bundesrepublik und in den westeuropäischen Staaten; kompensiert wurden diese Begrenzungen z.T. durch den Ausbau der Wissenschaftskontakte innerhalb der sozialistischen Staaten, insbesondere zur UdSSR, zu Polen, zu Ungarn und zu Bulgarien.

Auch in den achtziger Jahren, in denen wiederum eine neue Generation von Medizinhistorikern die Verantwortung für die Leitung der Institute und Abteilungen übernahm (G. Harig in Berlin, P. Schneck in Greiswald, G. Heidel in Dresden und A. Thom in Leipzig) haben sich diese Rahmenbedingungen nicht wesentlich verändert. Auch in dieser Zeit konnten Forschungsthemen selbst ausgewählt und verfolgt werden, wurde die seit 1977 obligatorische Lehre innerhalb eines von den Fachvertretern selbst erarbeiteten Programms nach den je spezifischen Intentionen der Hochschullehrer gestaltet und blieb die Wahl der Themen bzw. die Gestaltung der Programme wissenschaftlicher Tagungen unseren eigenen Entscheidungen überlassen.

Allerdings gab es verstärkte Bemühungen solcher Instanzen wie der Abteilung Gesundheitspolitik im ZK der SED und des Generalsekretariats der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften, auch die medizinhistorische Forschung und Lehre in die umfassend konzipierte Wissenschaftsplanung und -steuerung einzubeziehen und für bestimmte politisch gesehene Aufgaben der Traditionspflege zu nutzen, wobei sich relevante Vorschläge und Forderungen jedoch recht zwanglos in unsere eigenen Vorhaben integrieren ließen, da der wissenschaftliche Inhalt von uns selbst bestimmt blieb und unseren eigenen Vorstellungen meistens entsprach.

Schwierigkeiten mit diesen Instanzen gab es vor allem auf dem als besonders sensibel geltenden Sektor der Wissenschaftskontakte in die Bundesrepublik und zu westeuropäischen Ländern, wobei aber auch von den Medizinhistorikern beigebrachte politische Argumente Gehör fanden und in den letzten Jahren vor dem Herbst 1989 einen doch kontinuierlichen Ausbau von Begegnungen bei wissenschaftlichen Tagungen sicherten. Wichtig scheint mir die Feststellung, daß auch in diesen Jahren der allmählich vonstatten gehenden Degeneration der politischen Machtausübung kein Fachvertreter gezwungen war, Arbeiten zu publizieren, die nicht seinen Überzeugungen entsprachen, in der Lehre Auffassungen zu vertreten, die er nicht akzeptieren konnte, oder zur Sicherung seiner Arbeitsmöglichkeiten politische Bindungen einzugehen, die ihm innerlich fernlagen.

Dies festzustellen, bedeutet vor allem, die eigene Verantwortung für die eingegangenen Bindungen an ein spezifisches System weltanschaulicher und politischer Überzeugungen anzuerkennen, worin ich auch eine grundlegende Voraussetzung für eine ehrliche Prüfung der eigenen Biographie und bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit vor dem Hintergrund der neuesten Geschichte und der für uns damit verbundenen Konsequenzen sehe. Wissenschaftler, die sich heute nicht scheuen, die früheren eigenen politischen Entscheidungen zur Mitarbeit in Parteien und Organisationen eines sozialistischen Staates als nur Karriereinteressen dienend auszugeben oder als aufgezwungen zu erklären, kann ich notfalls noch verstehen, jedoch nicht achten.

Für diejenigen unter den Medizinhistorikern der neuen Bundesländer, die sich dieser kritischen Prüfung ihrer bisherigen Positionen stellen und dazu natürlich auch ein wenig Zeit brauchen, ist es ermutigend, daß in unserem Fachgebiet bislang eine konstruktive Haltung in den Begegnungen dominierte und daß die in manchen anderen Fachgebieten seit geraumer Zeit üblichen Manifestationen von Abwertungen und Diskriminierungen von Kollegen unterblieben sind.

Achim Thom, Prof. Dr., ist Direktor des Karl-Sudhoff-Instituts für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften an der Universität Leipzig.

Anmerkungen

<1> Thom, A.: Zur Entwicklung der Medizingeschichte in Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In: Die Entwicklung des medizinhistorischen Unterrichts. Hrsg. von A. Vilcker und B. Thaler. Wiss. Beitr. d. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1982/6, S. 24-29.

<2> Tutzke, D.: Einleitung. In: Zur gesellschaftlichen Bedingtheit der Medizin in der Geschichte. Hrsg. von D. Tutzke. Jena: VEB Gustav Fischer Verlag 1981, S. 11-21, zit. S. 17.

<3> Ebd., S. 19.

<4> Labisch, A.: Sozialgeschichte der Medizin. Methodologische Überlegungen und Forschungsbericht. In: Archiv für Sozialgeschichte 20 (1980) 431-469.

<5> Thom, A.: 75 Jahre wissenschaftsgeschichtliche Forschung und Lehre am Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften in Leipzig. Wiss. Z. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellsch.- und sprachwiss. Reihe 29 (1980) 525-546.
Karbe, K.H.: Die arbeitsmedizinische Forschung am Karl-Sudhoff-Institut als Beitrag zu einer marxistisch begründeten Sozialgeschichte der Medizin. Ebd., S. 565-574.
Thom, A.; Karbe, K.-H.: Wandlungen im Funktionsverständnis der Medizingeschichte als wissenschaftlicher Disziplin. Thesen. Manuskript-Druck, Leipzig 1981.

<6> Thom, A.; Caregorodcev, J.G. (Hrsg.): Medizin unterm Hakenkreuz. Berlin: VEB Verlag Volk und Gesundheit 1989.

<7> Stolz, R.: Vom Memorialmuseum zum wissenschaftshistorischen Zentrum: Das Institut für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaften und Technik Ernst-Haeckel-Haus zu Jena. In: Nachrichtenblatt der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik e.V. <DGGMNT> 40 (1990) 3, S. 143-149, Zit. 147, 148.

Rezension:

„Berliner Debatte 'Initial', Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs" im Jahrgang 1991 zu den DDR-/ostdeutschen Geschichtswissenschaften

Der Jahrgang 1991 der „Berliner Debatte ‚Initial', Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs" widerspiegelte im abgelaufenen Jahr wie kaum eine andere deutsche Zeitschrift die Auseinandersetzung um Fehlleistungen und Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft und Konsequenzen für die perspektivische Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland. Daß in dieser Diskussion mehr über Fehlleistungen denn über positive Seiten debattiert wird, kann nicht verwundern und entspricht ebenso der politischen Situation wie - zumindest in wichtigen Bereichen - annähernd der Realität. Es macht den Vorzug der Beiträge von „Initial" aus, alle wesentlichen Tendenzen der bisherigen Auseinandersetzung zu reflektieren.

Heft 2/91, betitelt „Umstrittene Geschichte. Beiträge zur Vereinigungsdebatte der Historiker", stützt sich vor allem auf überarbeitete Referate und Diskussionsbeiträge einer Konferenz über die DDR-Geschichtswissenschaft am 10./11. Dezember 1990 in Berlin.<1> Ein Konferenzbericht ist in Heft 1/91 zu finden.<2>

An dieser Beratung nahmen bekannte amerikanische, westdeutsche und wenige, ausgewählte ostdeutsche Historiker teil; bei letzteren waren vor allem Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes vertreten. Aus der Sicht des Rezensenten, selbst Teilnehmer der Konferenz, war diese Diskussion die bislang sachlichste Auseinandersetzung zum Gegenstand, was - wenn nicht alles täuscht - besonders dem amerikanischen Einfluß und nicht zuletzt einem der Mitinitiatoren, Konrad H. Jarausch (Chapel Hill), zu verdanken war.

Die Konferenz hätte der weiteren Auseinandersetzung und vor allem dem Neuaufbau der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland entscheidende Impulse geben können. Hätte, wenn nicht die politischen Umstände Grenzen ziehen würden.

So könnte man meinen, Werner Röhr hat mit seinem zweiteiligen Beitrag in den Heften 4, 5/91 recht, wenn er trotz der Abwägung im Titel seiner Überlegungen („Entwicklung oder Abwicklung") eine eindeutig politisch motivierte Abwicklung erkennt.<3> Sachlich ist ihm in vielem nicht zu widersprechen. Aber es wird deutlich, daß der Mangel an Objektivität auf westdeutscher Seite auch ihn zu Einseitigkeiten verleitet. Es ist fraglich, ob das weiterhilft.

Prof. Werner Bramke (Leipzig)

Anmerkungen

<1> Berliner Debatte ‚Initial'. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs, Heft 2/1991:

Konrad H. Jarausch (Chapel Hill): Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus. Paradoxien von Wissenschaft als Politik. S. 114-124.
Georg G. Iggers (Buffalo): Geschichtswissenschaft und autoritärer Staat. Ein deutsch-deutscher Vergleich (1933-1990). S. 125-132.
Jürgen Kocka (Berlin): Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise. S. 132-136.
Christoph Klehmann (Bielefeld): DDR-Historiographie aus bundesrepublikanischer Sicht. S. 137-141.
Wolfgang Küttler (Berlin): Zwischen Wissenschaft und Staatsaktion. Zum Platz der DDR-Historiographie in der „Ökumene der Historiker". S. 142-150.
Bernd Florath (Berlin): Mnemosyne war die Pille verschrieben oder über die Schwierigkeiten der Historiker, sich selbst zu begreifen. S. 150-158.
Peter Hübner (Berlin): Zur zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in den neuen Bundesländern. S. 158-166.
Peter Schäfer (Jena): USA-Geschichte in der früheren DDR. S. 167-169.
Ralf Possekel (Berlin): Strategien im Umgang mit dem Dogma: Die geschichtstheoretische Diskussion in der DDR. S. 170-178.
Friedrich Hauer (Berlin): Max-Weber-Rezeption und Kritik in der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 179-184.
Jan Peters (Berlin): über Historiker-Verhalten. S. 185-186.
Dokumente: Der Unabhängige Historikerverband stellt sich vor (Guntolf Herzberg); Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Historiker in der DDR; Zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR; Aufruf zur Bildung einer Forschungsstätte zur Geschichte der DDR und ihrer Repressionsvorgänge. S. 187-194.
Stefan Wolle (Berlin): Das Versagen der Historiker. S. 195-197.
Rainer Eckert (Berlin)/Jürgen John (Berlin): Der arge Weg des Wandels. Über Anpassungs- und Veränderungstendenzen in der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 198-201.
Fritz Klein (Berlin): Ist Zerschlagung Erneuerung? S. 201-203.
Jörn Rüsen (Bielefeld): Über Partizipation in der Geschichtskultur. Gedanken zum Umgang der Historiker miteinander. S. 203-205.

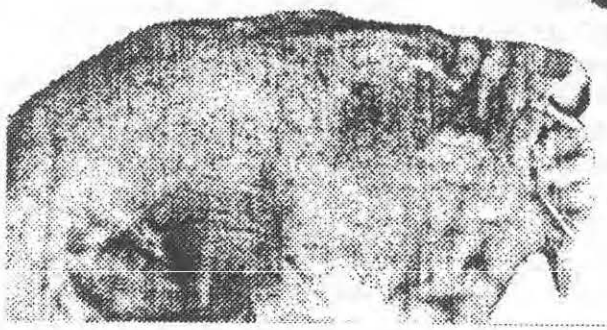
<2> Willfried Geßner: Geschichtswissenschaft im SED-Staat. Ein Vorbericht. In: ‚Initial' Heft 1/1991, S. 98-101.

<3> Werner Röhr: Entwicklung oder Abwicklung der Geschichtswissenschaft. Polemische Bemerkungen zu den Voraussetzungen einer Urteilsbildung über Historiker und historische Institutionen der DDR. In: ‚Initial' Heft 4/1991, S. 425-434; Heft 5/1991, S. 542-550.

Jahrbuch 1990 der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (Halle/Saale), LEOPOLDINA, Reihe 3, Band 36 (1991)

Unter dem Titel „Das Engagement der Leopoldina in der deutschen Wissenschaftspolitik" steht die Rubrik „Reden, Berichte, Abhandlungen" des Jahrbuches 1990 der traditionsreichen, über 300 jährigen „Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle/Saale". Abgedruckt sind auf den Seiten 181 bis 240 insgesamt zehn offizielle Äußerungen einiger ihrer prominenten Mitglieder in deutsch-deutschen wissenschaftsstrategischen Diskussionsrunden im Zeitraum Januar bis Dezember 1990. Die international bekannte und anerkannte Gelehrtengesellschaft legt damit eine erste aufschlußreiche Dokumentation ihres Wirkens für den Prozeß der Vereinigung der deutschen Wissenschaftslandschaften Ost und West für diesen Zeitraum vor.

Ganz bewußt und zur Freude jedes Wissenschaftshistorikers und aller an Wissenschaftsgeschichte Interessierten werden die Beiträge in chronologischer Reihenfolge vorgestellt, um dem Leser „nicht



nur die Sequenz der raschen Veränderungen in der allgemeinen Lage, sondern auch in der aktuellen Wissenschaftsproblematik der ehemaligen DDR" nachvollziehbar zu machen. „Wissenschaftsgeschichte in vivo", wie der Herausgeber des Jahrbuches und Präsident der Akademie Leopoldina, Benno Parthier, einleitend bemerkt.

Neben insgesamt sechs eigenen Beiträgen Parthiers werden drei Reden des Vizepräsidenten für Medizin der Akademie, Gottfried Geiler, sowie ein Beitrag von Altpräsident Heinz Bethge präsentiert.

Es sind das durchweg Reden vor honorigen Gremien altbundesdeutscher mit Wissenschaftsförderung befaßter und wissenschaftsinteressierter Öffentlichkeit, so u.a. vor dem Interimsclub der Volkswagenstiftung, auf Veranstaltungen des Stifterverbandes für die Deutsche Wirtschaft, vor dem Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft, auf einer Vorstandssitzung des Deutschen Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine.

Die hier versuchte kurze Vorstellung der Dokumentation kann selbstverständlich nicht jeden der Einzelbeiträge ausführlich besprechen. Es sollen - zusammenfassend - einige Grundaussagen der Autoren zur Kenntnis gebracht werden, die zur Lektüre anregen könnten. Ein solches Komprimieren ist möglich, da es in allen Wortmeldungen um ein Thema geht: Um Versuche der Darstellung der Lage der DDR-Wissenschaft vor und nach der Wende sowie um Vorschläge zur Gestaltung des Prozesses der deutschen Vereinigung auf dem Gebiete der Wissenschaften aus der Sicht der drei genannten Autoren.

B.Parthier will, wie er in seinem Vortrag vor dem Interimsclub der Volkswagenstiftung am 15. 1.1990 ausdrücklich betonte, seine Berichte zur Lage der Wissenschaft der DDR verstanden wissen als Nachweis der Hilfsbedürftigkeit auf dieser Strecke, als dringliche Bitte an die Adresse altbundesdeutscher Wissenschaftsstrategen zu konkreter Aufbauhilfe. (S.183) Er zeichnet in allen seinen Beiträgen ein Bild vom Gesamtzustand der DDR-Wissenschaft, dessen Hauptcharakteristika er in folgenden drei Punkten sieht :

1. Nicht nur Philosophie und Geisteswissenschaften sondern auch „flächendeckende Teile der Naturwissenschaften" waren in der DDR „Magd der Partei". Abstand zum Weltniveau, Verlust von Originalität und Kreativität und letztlich eine „frustrierte Generation von Wissenschaftlern" waren das Ergebnis der Einengungen und Beschränkungen der Wissenschaft durch die Partei (S.189)
2. Die unsägliche Verquickung von parteigetragener Staatsmacht und Wissenschaft in den akademischen Ausbildungsstätten und Forschungsinstituten zeigte sich vor allem in einer SED-dominierten Besetzung aller Führungsgremien und einer entsprechend gezielten Berufungspolitik (S.190)
3. Ansätze sehenswerter und international geachteter Grundlagenforschung wurden zugunsten einer von Tagesproblemen bestimmten Anwendungsforschung zerschlagen, die freie Forschung an den Universitäten und Hochschulen in die Zwangsjacke der Kombinatsfinanzierung gesteckt, die Einheit von Lehre und Forschung verletzt, die Lehre ideologisiert. „Glücklich schätzten sich jene," so konstatiert der Autor abschließend, „ die eine Nische fanden im Getriebe, sich durch rhetorische Biegsamkeit oder gottvertrauende Standhaftigkeit über die Zeit retteten." (S.190)

Eine solcherart verwüstete Wissenschaftslandschaft ortet der Autor sowohl an den Hochschulen und Universitäten als auch an den Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften der DDR. Selbst Gelehrtengesellschaften, wie die der Akademie der Wissenschaften der DDR oder die Sächsische Akademie kämpften nach seinem Eindruck mit ähnlichen gravierenden Problemen.(S.230)

Eine Ausnahme scheint - folgt man seinen Darlegungen als intimer Kenner gerade dieser Einrichtung - lediglich die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, die „Insel im roten Meer" (S.183), gewesen zu sein. Trotz dirigistischer Bevormundung und Versuchen der Beeinflussung durch Staat und Partei habe diese Einrichtung ihre Unabhängigkeit und politische Unbestechlichkeit wahren und über die Zeit der Existenz der DDR ihre Rolle als Klammer zwischen deutschen Wissenschaftlern Ost und West ausfüllen können. (S.183/191/230) B. Parthier schreibt: „In ihrer seit langem gepflegten Tradition, ihrer Struktur und Größe, in der anteilig internationalen Mitgliedschaft, den fehlenden Geisteswissenschaften steht sie wie ein Urgesteinsblock in der deutschen Wissenschaftslandschaft." (S.183) Immerhin ein erstaunliches Phänomen.

B.Parthiers Beiträge beschränken sich allerdings nicht auf solche analytischen Betrachtungen. Vielmehr versucht er aus seiner Sicht als Naturwissenschaftler und Präsident der Akademie Leopoldina auch konkrete Hinweise zu wirksamen Handlungsstrategien für Wissenschaftsorganisatoren der BRD zu formulieren, die der geschilderten Lage entsprechen und seiner Ansicht nach echte Hilfe bringen könnten. Vor dem Wissenschaftlichen Rat der Max-Planck-Gesellschaft erklärte er am 20.6.1990:

„In folgenden Gründen dürften die Wissenschaftspolitiker der Bundesrepublik Probleme sehen, die eine Übernahme (der Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften- M.G.) in westdeutsche Forschungsstrukturen nicht ratsam erscheinen lassen:
1.die bereits genannten aufgeblähten Forschungseinheiten in der DDR mit einem kaum vorhandenen Regulativ durch Zeitverträge der Mitarbeiter; 2.die ebenfalls erwähnte Forschungsfinanzierung durch die Industrie, welche zuungunsten der Grundlagenforschung wirksam wird und Züge einer Kommando-Wissenschaft trägt; 3. hausgemachte, nicht international bewährte Begutachtung der Forschungsvorhaben und deren Ergebnisse; 4. die durch die vorstehend genannten Punkte sowie durch Wissenschaftsinzucht und Immobilität hervorgerufenen Mängel an Leistungsdruck und Leistungswillen der Mitarbeiter, die in der Vergangenheit zusätzlich durch Reise-und Informations-

behinderungen benachteiligt waren; 5. das noch immer existierende Wissenschaftsmanagement aus der Zeit vor der Wende." (S. 196)

Wichtige Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen im Bereich der Hochschulen und Universitäten formulierte er in einer Rede vor dem Vorstand des Deutschen Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine am 13.11.1990:
- Reaktivierung der bestehenden Universitäten, vor allem durch Entideologisierung der geisteswissenschaftlichen Fakultäten und Fachbereiche;
- materielle Verbesserungen zur Erhaltung der Bausubstanz und der apparativen Ausstattung;
- reduktive Umstrukturierung des Personalbestandes durch Evaluation. (S.231)

G.Geiler entwickelt in seinen Zustandsanalysen und Empfehlungen folgende Positionen:

Auch er verweist auf das generelle Primat der Politik gegenüber der Wissenschaft und auf die systemstabilisierende Berufungspolitik als wesentliche Ursachen für Motivationsverlust und Gleichgültigkeit, aber auch für opportunistisches Verhalten der Wissenschaftler der DDR (Parteieintritte aus Karrieregründen). Fehlende internationale Kontakte durch drastische Beschränkung der Reise- und Publikationsmöglichkeiten sowie unzumutbare soziale Belastungen durch Wohnungsmangel und gravierende Konsum- und Dienstleistungslücken hätten die Bedingungen zusätzlich verkompliziert.

Für die Forschungsinstitute der DDR konstatiert auch er als allgemeines Merkmal eine personelle Überbesetzung sowie eine Diskrepanz zwischen Qualität und Quantität. (S. 218) Beim wissenschaftlichen Nachwuchs gibt es nach Meinung des Autors gravierende Unterschiede in den Bereichen Geistes - und Naturwissenschaften. Bei jungen Geisteswissenschaftlern gäbe es - hervorgerufen durch eine ideologieüberfrachtete Stoffvermittlung - eine generelle Grundkompetenzlücke. Für den Naturwissenschaftlernachwuchs konstatiert er einen Mangel an moderner Methodenkenntnis, allerdings sei hier Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein in hohem Maße vorhanden. (S.230)

Für den Erneuerungsprozeß der Wissenschaft der DDR hält er vor allem eine differenzierte personelle Evaluierung und sorgfältige Einzelfallprüfung, leistungsgerechte Entlohnung sowie hohe Investitionen in Bausubstanz und apparatetechnische Ausstattung für notwendig. (S.219)

Abschließend stellt der Autor fest: „Daß unabhängig von den dargestellten Problemen in den zurückliegenden Jahrzehnten vielfach gute zuverlässige Arbeit geleistet wurde und auf einigen Gebieten auch international anerkannte Ergebnisse erzielt wurden, verdeutlicht, daß viele Wissenschaftler in hoher persönlicher Verantwortung Wege gesucht haben, die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen und Freiräume zu suchen, in denen dies möglich war. Darum bin ich auch sicher, daß unter neuen, freiheitlichen Bedingungen jetzt Potenzen geweckt werden, die erfolgreiche Forschung benötigt." (S.204)

Leopoldina-Altpräsident Bethge äußert in seinem hier nachgedruckten Beitrag auf einem Kolloquium der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. am 26.10.1990 Sorge über ein falsches Bild über die DDR-Wissenschaft, das die Presse verbreite. Er forderte Ausgewogenheit zwischen Bestandsaufnahme und Zukunftsprognosen.

Auch aus seiner Sicht waren Schwachstellen des DDR-Wissenschaftssystems vor allem die Berufungspolitik, die mangelhafte materielle Ausstattung der Forschung sowie ein Gegeneinanderausspielen von Akademieforschung und Hochschulforschung. Beim wissenschaftlichen Nachwuchs sieht er seit ca. fünfzehn Jahren einen Qualitätsabstieg.(S.207/208)

Seine Vorschläge zur Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft der ehemaligen DDR zielen auf einen längerfristig berechneten Prozeß der An- und Einpassung in die altbundesdeutschen Strukturen sowie auf die Schaffung eines geeigneten Rahmens (graue Liste) , in dem - unter Anleitung und Förderung durch westdeutsche Partner- die Entwicklung eigenständiger , neuer Strukturen ermöglicht werde. Für diesen Umstrukturierungsprozeß hält der Autor einen Zeitraum von 6 bis 8 Jahren für notwendig.

Dr. Monika Gibas (Leipzig)

Auf dem Weg zur Erneuerung des Geistes. Eine Dokumentation, Teil I.
Hrsg. i.A. des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes, Forum-Reihe, Heft 54, Bonn 1991, 153 Seiten

„Der Deutsche Hochschulverband legt hiermit die Dokumentation seiner Beiträge zur Erneuerung von Lehre und Forschung in den neuen Bundesländern vor". So liest es sich im Vorwort des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft für diese Ausgabe, und dem ist wohl auch so.

Darüber hinaus handelt es sich aber vor allem um eine Dokumentation der Handlungsbemühungen des Verbandes im Kontext der neuen Erfordernisse, die aus den Herbstereignissen '89 in der DDR und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit im darauffolgenden Jahr resultierten.

Folglich lautet die Überschrift des hundertseitigen Hauptteils : Der Deutsche Hochschulverband und die Wende in der DDR.

Aufgezeigt werden darin vor allem die Integrationsversuche des Verbandes hinsichtlich der DDR-Hochschullehrer und die damit verbundenen Irritationen und Schwierigkeiten. Durch die meistenteils unkommmentierte Aneinanderreihung von Gesprächsprotokollen, Festreden und Ansprachen des Verbandspräsidenten sowie Presserklärungen und Beiträgen aus dem Mitteilungsblatt des Hochschulverbandes wird ein Eindruck über das zum jeweiligen Zeitpunkt und -geschehen (November '89 bis Januar '91) vorherrschende Meinungsbild betreffs der Wissenschaften und Wissenschaftler jenseits der Elbe vermittelt. Gleichfalls wird das Engagement des Deutschen Hochschulverbandes für die Erneuerung der Wissenschaften in Deutschland-Ost und die Reaktion auf bildungspolitische Entscheidungen dokumentiert. Stichworte wie Berufspraxis, Neuordnung der Hochschullandschaft, Abwicklungsentscheidung und personelle Erneuerung finden sich auch in dieser Veröffentlichung wieder.

Leider wurde versäumt, die Autoren einzelner Beiträge vorzustellen. Ein Personenverzeichnis hätte auch den Durchblick bei den Gesprächsprotokollen erleichtert. So bleibt dem Leser/der Leserin nach der Lektüre dieser Ausgabe vor allem ein Name im Gedächtnis, der des Verbandspräsidenten Prof. Dr. Schiedermair, welcher ausreichend Gelegenheit erhält, das Selbstverständnis des Hochschulverbandes zu definieren und wissenschaftsethische sowie bildungspolitische Grundsätze zu formulieren.

Den Abschluß der Ausgabe bildet eine Dokumentation anonymisierter Auszüge aus Briefen von Mitgliedern aus den neuen Bundesländern, die als „Momentaufnahme der gegenwärtigen Situation und Befindlichkeit der Hochschullehrer...sowohl zu einem besseren Verständnis von 40 Jahren Zwangsherrschaft in der ehemaligen DDR, als auch der heutigen Lage beitragen" sollen...

Dirk Behr (Leipzig)

„Als Alternative ... wird vor allem von gewerkschaftlich interessierter Seite (GEW, ÖTV) für die neue Organisation der Universität jenes Reformmodell angeboten, das mit dem verheißungsvollen Stichwort der 'Demokratisierung' im Jahr 1968 seinen Einzug in die Universitäten der Bundesrepublik gehalten hat. Die jahrelangen Diskussionen um dieses Reformmodell haben uns längst gelehrt, wie zweifelhaft die Bemühung des Begriffs der Demokratie in diesem Zusammenhang ist. Die nach den Grundsätzen des Gruppenproporzes für die Universität angestrebte Basisdemokratie ist entgegen ihrem Namen durchaus nicht demokratisch. Sie entspricht einem Demokratieverständnis, das im Ständestab oder Rätesystem verwurzelt und darüber hinaus ganz dazu angetan ist, die politische Verantwortlichkeit des allein demokratisch legitimierten Parlaments zu verkürzen. Darüber hinaus schadet die basisdemokratische Organisation der Universität - und auch dies ist eine Lehre aus den Jahren nach 1968 - der Wissenschaft. Die wissenschaftliche Erkenntnis kann ebensowenig wie der Umgang mit Wissenschaft Gegenstand organisierter Gruppeninteressen und auch nicht Gegenstand von Mehrheitsentscheidungen sein. Inzwischen ist denn auch selbst von der politischen Linken der Bundesrepublik, soweit sie zum Nachdenken bereit und in der Lage ist, offen eingeräumt worden, daß die Universitäten mit ihrer Reform nach 1968 schweren Schaden genommen haben. Dieser Erfahrung haben wir jetzt, wenn es um die Organisation in den neuen Bundesländern geht, Rechnung zu tragen."

Prof. Dr. Schiedermair in: Auf dem Weg zur Erneuerung des Geistes, S. 94

4. Sitzung der Wissenschaftsminister der neuen Bundesländer und Berlins am 25. November 1991 in Potsdam

Pressemitteilung des Brandenburgischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, 26.11.1991

Minister Enderlein gibt die wichtigsten Ergebnisse der gestrigen Sitzung bekannt:

Hochschulerneuerungsprogramm

Die Wissenschaftsminister der ostdeutschen Länder haben erneut eine Revision des Hochschulerneuerungsoprogramms gefordert, das Bund und Länder im Mai 1991 beschlossen haben. Ein wichtiger Punkt der Revisionsforderung betrifft die Laufzeit des sogenannten Wissenschaftler-Integrationsprogramms. Nach diesem Programm sollen qualifizierte Wissenschaftler aus Instituten der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR in die Hochschulen eingegliedert werden. Die Laufzeit des Wissenschaftler-Integrationsprogramms bis höchstens Ende 1993 wird von den ostdeutschen Ministern in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat und auch mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft als zu kurz angesehen, für eine erfolgreiche Integration sei ein Zeitraum von fünf Jahren angemessen.

Die ostdeutschen Minister stimmten auch darin überein, daß die für das Jahr 1991 vorgesehenen und noch nicht abgeflossenen Mittel auf das Jahr 1992 übertragen werden sollen. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft wird sich beim Bundesminister der Finanzen für eine entsprechende Regelung einsetzen. Die für 1991 vorgesehenen Finanzmittel konnten in allen ostdeutschen Ländern auch wegen der Umstrukturierungs- und Aufbauausgaben und wegen des späten Anlaufs des Programms nicht ausgegeben werden. Der Mittelabfluß im Jahre 1992 wird aber ohne Probleme möglich sein.

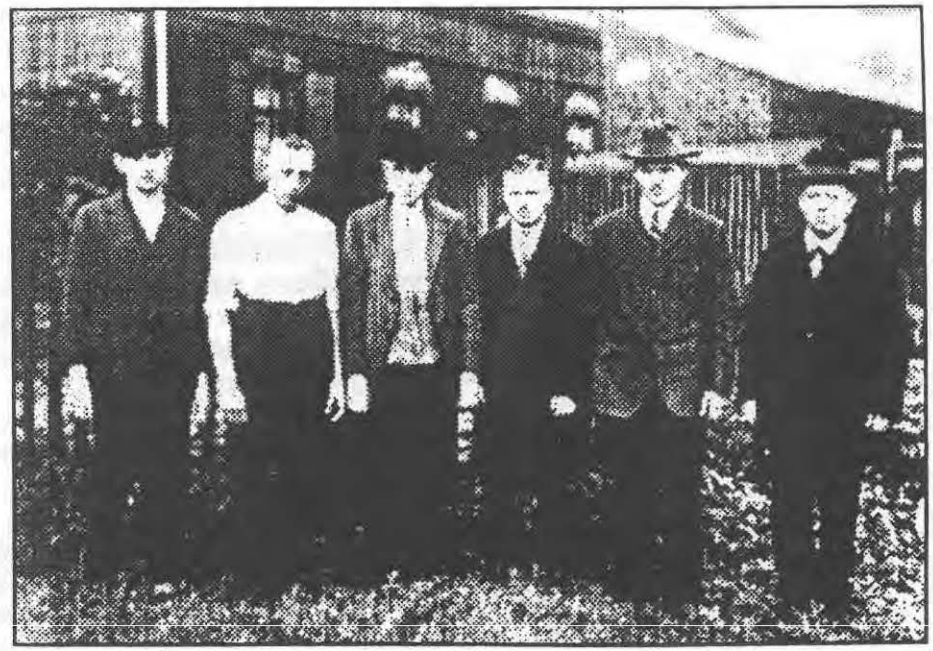
Studentenwohnraumbau

Die ostdeutschen Minister haben das Land Sachsen gebeten, dem Bund den gemeinsamen Vorschlag zu übermitteln, eine Bund-Länder-Vereinabrung über die Förderung des Studentenwohnraumbaus abzuschließen. Die neue Vereinbarung soll auch die besonderen Bedürfnisse in den ostdeutschen Ländern berücksichtigen. Die angespannte Wohnungslage in Ostdeutschland macht es erforderlich, daß den Studenten dort in viel höherem Maße als in Westdeutschland ein staatlich gefördertes Wohnraumangebot zur Verfügung gestellt werden muß.

Gesamtdeutsche Evaluierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Die ostdeutschen Minister halten an ihrer wissenschaftspolitischen Forderung fest, nach der Evaluierung im Hochschul- und Forschungsbereich in Ostdeutschland eine entsprechende Evaluierung auch für die westdeutschen Wissenschaftseinrichtungen vorzusehen. Ein Ziel einer gesamtdeutschen Evaluierung muß es nach der gemeinsamen Auffassung der ostdeutschen Länder sein, unausgewogene finanzpolitische Regelungen zu revidieren.

Ein Beispiel für den Revisionsbedarf bildet die Finanzierung überregional bedeutsamer Forschungseinrichtungen durch Bund und Länder. Nach der Umgestaltung der ostdeutschen Forschungslandschaft tragen die ostdeutschen Länder künftig im Schnitt einen höheren Anteil an der Finanzierung dieser Einrichtungen als die westdeutschen Länder. Die ostdeutschen Minister traten in diesem Zusammenhang neben einer bereits kurzfristig notwendigen Korrektur in den Einzelfragen auch für eine strukturelle Überprüfung des Bund-Länder-Finanzierungssystems ein, die den besonderen Bedingungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands gerecht wird.



Appell des Wissenschaftlichen Rates an die Angehörigen und Mitglieder der Technischen Hochschule Ilmenau:

Geheimdienstliches Wirken ist der Offenheit, dem freien Meinungsaustausch und Pluralismus sowie dem Humanismus, von dem eine akademische Einrichtung geprägt sein sollte, abträglich.

Die Mitglieder und Angehörigen der THI enthalten sich deshalb in der Zukunft jeglicher geheimdienstlicher Tätigkeit.

beschlossen am 12.12.1991
vom Wissenschaftlichen Rat der THI

Appell des Wissenschaftlichen Rates an die Angehörigen und Mitglieder der Technischen Hochschule:

An unserer Einrichtung wird Forschung im Sinne des humanistischen Betreibens von Wissenschaft durchgeführt. Forschung, bei der ersichtlich ist, daß ihre Anwendung eine Gefahr für die Gesundheit, das Leben und friedliche Miteinander der Menschheit in sich birgt oder Schäden an der Umwelt herbeiführen kann, darf nicht stattfinden. Sie muß insbesondere dann unterbleiben, wenn sie der militärischen Nutzung dient.

Die Angehörigen und Mitglieder der THI verpflichten sich, die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse verantwortungsvoll zu bedenken.

Bei Vereinbarungen und Verträgen zwischen der TH Ilmenau bzw. deren Angehörigen und Mitgliedern sowie anderen Einrichtungen oder Kooperationspartnern wird der vertragliche Passus „nur zur zivilen Nutzung" grundsätzlich in die Beschreibung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit aufgenommen.

beschlossen am 12.12.1991
vom Wissenschaftlichen Rat der THI

Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlhorst legte 1991 folgende Projektberichte vor:

1. Adler, Henri: Zugang zum Hochschuldirektstudium 1990 im Land Sachsen Anhalt (Projektberichte; 1991, 1)

2. Adler, Henri/Lischka, Irene: Erste Prognose der Studienberechtigten und Studienanfängern aus den neuen Bundesländern bis 2010 (Projektberichte; 1991, 2)

3. Last, Bärbel/Schaefer, Hans-Dieter: Die internationale Dimension der Hochschullandschaft: Ausländer- und Auslandsstudium unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsbeziehungen zu Osteuropa. Ausgangspunkte, Tendenzen und Erfordernisse in den neuen Bundesländern (Projektberichte; 1991, 4)

Anfragen an:

Projektgruppe Hochschulforschung
Aristotelessteig 4
O – 1157 Berlin

Mitteilung an die Abonnenten:

Sollten Sie bei dem Versuch der Einzahlung Ihrer Abonnementgebühren auf unser neues Konto die Überweisung mit dem Vermerk "Konto erloschen" zurückbekommen haben, so möchten wir Sie beruhigen: Sie haben nichts verkehrt gemacht. Die BfG hatte uns lediglich eine andere Kontonummer mitgeteilt als die, unter der das Konto läuft. Einige Überweisungen sind trotzdem auf dem Konto eingetroffen. Sollte Ihre Überweisung zurückgekommen sein, starten Sie bitte einen neuen Versuch mit der richtigen Kontonummer (erste Ziffer verändert):

243 1543 800, BLZ: 860 101 11

Das Konto wird geführt auf den Namen Peer Pasternack. Bitte Rechnungsnummer nicht vergessen!